

**Ersteinst täglich**  
nachmitt. mit Ausnahme  
des Sonn- und Feiertags.

**Abonnementpreis**  
monatlich 80 Pf.  
vierteljährlich 2.40 Mk.  
jährlich 4.80 Mk.  
pennanter frei ins Haus.  
wird die Post bezogen  
1.00 Mk. extra beizufügen.

**Die Neue Welt**  
(Unterhaltungsbeilage)  
durch die Post nicht bezogen,  
kostet monatlich 10 Pf.  
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.  
Telegraphen-Adresse:  
Volksblatt Halle/Saale.

# Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

**Insertionsgebühr**  
besteht für die Spalten  
Preisobergrenze von 100 Pf.  
für die Wohnung.  
Zusätzlich 20 Pf. für  
einmalige Anzeigen 10 Pf.  
Im rezeptionsfreien Kreis  
auf die Seite 75 Prozent.

**Interate**  
für die Abgabe Nummer  
müssen spätestens bis zum  
mittigen 10 Uhr in der  
Expedition aufgegeben  
sein.

Eingetragen in der  
Polizei-Liste  
unter Nr. 7908

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
Naumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geisstr. 21, Hof 2 C

Expedition: Geisstr. 21, Hof part. 7

## In die Ortskrankenkassen

im Bezirke der Landes-Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt.

Die 1. ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Ortskrankenkassen im Bezirke der Landes-Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt findet am

**Sonntag, den 29. Juni 1902, vormittags 1/2 12 Uhr**  
in Osborgs „Reisebureau“ in Halle a. S., Lindenstraße 78  
statt mit folgender Tagesordnung:

1. Berichterstattung des Vorstandes und Wahl einer Kasse zur Prüfung der Jahresrechnung.
2. Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt und die Krankenkassen im Bezirke derselben. Referent: Herr Paul Kampffmeyer, Cronberg i. Taunus, Mediziner der Krankenkassen-Zeitung.
3. Die Ergebnisse der Umfrage vom April d. J. Referent: Herr Erich Wendlandt, Magdeburg.
4. Anträge. (Siehe unten.)
5. Wahl des Vorsitzenden und des Vororts.
6. Wahl des Ortes der nächsten Generalversammlung.
7. Verschiedenes.

### Anträge.

1. Der Verband möge den Anschluß an den Zentralverband für die Ortskrankenkassen Deutschlands vollziehen.

Allgemeine Ortskrankenkasse in Wittenberg.  
2. Der Verbandsvorstand möge bei den eingehenden Körperlichkeiten durch eine Eingabe dahin wirken, daß durch Verlesung geleitet wird, daß bei Aufnahme von Beiträgen ein ärztliches Gutachten beizubringen ist, ob sich dieselben für den von ihnen gewählten Beruf eignen.

Ortskrankenkasse Gutenberg Naumburg.  
3. In Anbetracht, daß eine große Zahl Ortskrankenkassen des Bezirkes der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt angezogen ist, viele ihrer Mitglieder, die einer Spezialbehandlung bedürfen, in die künftl. Universitätsklinik zu Halle a. S. zu überwiegen, jedoch wiederholt Beschwerden über Behandlung und Verpflegung, als auch über Berechnung von Verbandskosten und anderen außerordentlichen Unkosten geführt haben, bezieht die Generalversammlung, eine lokale Kommission zu wählen, die alle Angelegenheiten, welche gegen die künftl. Klinik gerichtet sind, entgegenzunehmen und über deren Abklärung mit der Verwaltung der Klinik in Verbindung zu treten hat. Die Kommission ist verpflichtet, der beiderwärtigen Kasse nach Erledigung des halbes Mittelteil zu machen und über ihre getragene Tätigkeit der folgenden Generalversammlung Bericht zu erstatten.

Gemeinsame Ortskrankenkasse zu Weißfels.  
4. Ist zu empfehlen, die Rezepte einer Prüfung zu unterziehen? Welche Erleichterung ist damit gemacht und welche Kosten entstehen dabei?

Anfrage der Ortskrankenkasse 3, Weißfels.  
5. Welche Erleichterung ist mit der fakultativen Priorität für Familienangehörige mit Ertragsbeiträgen gemacht?

Anfrage der Ortskrankenkasse 4, Weißfels.  
6. Die Generalversammlung wolle beschließen, alljährlich eine Statistik über die Anzahl der Erkrankungen (Art und Dauer

der Krankheiten und Todesfälle) in den einzelnen Bezirken der dem Verbands angehörenden Kassen zu veröffentlichen.

Ortskrankenkasse für verleidende Bezirke, Wittenberg.  
7. Die Generalversammlung wolle die Vorgehensweise in Bezug auf die Frage eingehend behandeln.

Allgemeine Ortskrankenkasse Stendal.  
8. Die Generalversammlung wolle darüber verhandeln, ob es für die Kassen vorteilhaft ist, wenn sich dieselben ein eigenes Verbandslokal- und Brillenlager halten.

Allgemeine Ortskrankenkasse Stendal.  
Es darf erwartet werden, daß die interessante Tagesordnung nicht nur eine zahlreiche Beteiligung der dem Verbands beizugehörigen 75 Ortskrankenkassen sichert, sondern daß auch neben den Behörden, welche wir einladen, und zwar den Herrn Regierungs-Präsidenten, den Magistrat von Halle und den Vorstand der Landesversicherungsanstalt, welche aller Wahrscheinlichkeit nach Vertreter entsenden werden, auch eine große Zahl Mitglieder der übrigen, dem Verbands nicht angehörenden Kassen, als Gäste anwesend sein werden.

Wir bitten daher, daß die Delegierten auch durch den Vorstand bestimmt werden können, so daß zur Wahl derselben eine Generalversammlung nicht erforderlich ist. Die Gewählten bedürfen einer Legitimation des Vorstandes. Gleichzeitig bitten wir, das Resultat der Wahl, die Namen der Gewählten, sowie etwaige Wünsche der Betreffenden bezüglich der Quartiere usw. an uns gelangen zu lassen, damit wir in richtiger Weise disponieren können.

Die Zeitungen unserer Proving werden um Nachdruck ersucht.  
Als allezeitige und zweckentsprechende Unterstützung aller Faktoren rechnen wir.

Der Vorstand des Verbandes der Ortskrankenkassen im Bezirke der Landes-Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt.

Alwin Brandes, Vorsitzender, Magdeburg, Knochenhauerstraße 27-28, 1.

## Krankheits-Statistik der Krankenkassen.

Der Verwaltungsbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Magdeburg für das Jahr 1900 enthält, wie vor kurzem schon von uns erwähnt worden ist, die Resultate einer von dem Abenden der Kasse, dem Genossen Erich W. d. Landt, ausgearbeiteten Krankheits-Statistik, deren Resultat ebenso interessant und lehrreich, wie zuverlässig und einwandfrei ist, weil bei Aufstellung der Statistik alle in Betracht kommenden Grundfälle und Gesichtspunkte berücksichtigt wurden. Wendlandt hebt hervor, daß jene Arbeit ein Versuch gewesen ist, dessen Ergebnisse wegen der geringen Mitgliederzahl der Kasse (rund 4000) nicht verallgemeinert werden dürfe. Das trifft zu. Aber der Wert der Wendlandtschen Arbeit liegt weniger in den ermittelten Resultaten, als daß sie, genau so wie die Köhnigsche Wohnungsstatistik ein Vorbild sein kann für andere Krankenkassen. Und zwar nicht nur für allgemeine, d. h. in denen die verschiedenartigen Bezirke vereinigt sind,

sondern auch für die Kassen einzelner Gewerbe resp. Industriezweige.

Die bei der Aufstellung einer solchen Krankheits-Statistik in Betracht kommenden Grundfälle und sonstigen Gesichtspunkte entwickelt Wendlandt folgendermaßen: „Zu nachgelieferten werden, daß dieser oder jener Betrieb zu größeren Krankheits-häufigkeiten und Erkrankungsgefährlichkeiten hinneigt, daß auch auf Grund der Art des Betriebes die Krankheitsdauer, durch die Schwere der Erkrankungen bedingt, hier länger ist als dort, so müssen die in einem Betriebszweige vorhandenen Erkrankungen, d. h. die mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen, auf die einzelnen Betriebe verteilt resp. geteilt werden. Dabei ist die Angabe der für ein Gewerbe innerhalb der Kasse vorhandenen Anzahl der Betriebe notwendig und die Angabe der in diesen Bezirken und Gewerben im Durchschnitt beschäftigt gewesenen Zahl der Mitglieder, die männlichen gesondert von den weiblichen. Denn auf Grund des Verhältnisses der in einer Betriebsart beschäftigten Personen zur Zahl der Betriebe läßt sich der Grundtypus aufstellen, daß die kleinen Betriebe durch schlechtere Verpflegung der hier beschäftigten Personen, durch unzureichende Arbeitszeit die Erkrankungsgefährlichkeit beleben, während größere Betriebe — abgesehen allerdings von der durch die Größe des Betriebes verursachten Schwere der Erkrankungen, s. B. Verletzungen, Erkrankungen der Lungen und Respirationsorgane — durch bessere Verpflegung der Arbeitsleistung, sowie die gemeinschaftlichen Organisationen, die in größeren Betrieben ihre Stützpunkte haben, ihr Bestes anzuhängen, durch geregelte Arbeitszeit und Eindämmung der Lebensunmoralität im allgemeinen und durch verlässliche Einwirkung in sozialer, hygienischer und moralischer Beziehung eine geringere Erkrankungs-häufigkeit zeigen. . . . Desgleichen muß das Verhältnis der weiblichen Personen, die in einer Betriebsart beschäftigt werden, zu den männlichen berechnet werden. . . . Auch in Hinsicht auf die Krankheitsdauer ist diese Trennung einzuhalten und zwar für die ganze Dauer der Krankheit. . . . Von Wert ist auch die Feststellung, an welchen Tagen der Woche die meisten Erkrankungen vorkommen. Das hierbei auch gleichzeitig die Unterteilung auf die Monate des Jahres Platz greift, ist selbstverständlich. Denn auch die Jahreszeiten haben ihre besonderen Erkrankungen, und wenn noch die Temperaturverhältnisse am Orte beleuchtet und bemerkt werden, wäre alles getan, um die Wichtigkeit zu finden, eine allgemein gültige Statistik nach hygienischer und sozialer Beziehung zu konstruieren.“

Die auf diesen Grundfällen aufgebaute Statistik des Genossen Wendlandt ergibt nun, daß in Bezug auf das Verhältnis der Erkrankungsfälle in denselben Betrieben stehen die folgenden Betriebsarten: Brauereien, Brunnengeschäfte, Bierbrauereien, chemischen Fabriken, Dachpappenfabriken, Drahtwarenfabriken, elektrischen Geschäften, Korbfabriken, Krebelfabriken, Mäulerei, Seifenfabriken, Steinzeuggeschäfte, Tapetenfabriken, Tischlereien, Wagenfabriken und Waffelfabriken. Größtenteils unter dem Verhältnis zu gunsten der Betriebsart stehen, d. h. also weniger Erkrankungsfälle betreffen die Bade- und Bäderhallen, die Bildhauerer (Holz und Stein), die

74)

(Nachdr. berb.)

## Um die Freiheit.

Geschichtlicher Roman aus dem Deutschen Bauernkrieg 1525  
von Robert Schöndel.

Gis mußte sich gefeßen, daß die Gewalt, die ihm auf seiner geheimen Wunsch geschick, seine Gemüter schwerlich täuschen würde, während sein Verhalten auf der anderen Seite die Bauern mit Misstrauen gegen ihn erfüllen mußte. Würde dieses auf die eine oder die andere Weise gerechtfertigt, so dürfte er auf eine um so schrecklichere Verurteilung gefaßt sein. Seine eigenen Bauern hatten ihm Antan hatten sich der Revolution angeschlossen. Nur einen kleinen Punkt gab es in diesem Dunkel für ihn. Das Blut des alten Baurechtsrichters regte sich wieder. Er konnte wieder zu Verden steigen, wieder raufen, seinen alten Gegnern, insbesondere dem Bischof von Bamberg, hart zu Leibe gehen.

Anderen Tages ritt er mit zwei Knechten nach Buchen. Die Bauern standen im Ring; es wurde über Wichtiges abgemittelt. Schon in Ballenberg hatte Florian Geber vorgezogen, die aus Weischland heimkehrenden Landknechte anzunehmen, um durch sie dem Bauern einen letzten Kriegszug zu tun zu geben. Wie nun Florian, Metzler, Meuter und andere vom Räte diese Maßregel vorschlugen, wollten die Bauern sie nicht annehmen. Sie befürchteten durch die Landknechte in ihrem Anteil an der Meute gekürzt zu werden. Denn es gab unter ihnen eine sehr große Menge, die zur wahren Bedeutung des Aufstandes noch nicht durchgedrungen waren, sondern nur um der Meute willen mitfahren und zu ihrem Vortzen zurückkehren, wenn ihre Sabotage befristet war. Es war eine lustige Fahrt gewesen, von der sich noch lange erzählen ließe.

Um diesen Streikbilden auszuweichen, hatte Wendel Spier vorgezogen, daß fortan jeder, der zum Zugzug aufgemittelt wurde, bis zur Verdingung des Volkskrieges bei der Meute verbleiben müßte. Es gelang aber ihm und den Räten nicht, die Bauern davon zu überzeugen, wie notwendig zu ihrem eigenen Wohle die vorgezogene Bestimmung sei. Oben wie Gis dem Ring sich näherte, erhob sich ein überwiegend Mehr

der Hände auch hiergegen. Ein Dorfschneider hielt Gis seinen Speer vor und forderte ihn auf, sich gefangen zu geben und vom Verden zu steigen. Gis, der weit und breit gefürchtete Baudegen, vermochte über das komische seiner Lage nicht zu lachen. „Du hast gut reden“, antwortete er, „so diele hast Du um Dich stehen; wenn Du mich draußen im Feld allein fängest, wolle ich Dich loben. Ich bin doch zuvor gefangen.“

„Und ich sag Dir, es ist Dein Tod, wenn Du mit unser Hauptmann wirst“, drohte der Schneider.

„Ich will aber nicht!“

„Doch Dich Gott's Marter schänd“, Du mußt“, fluchte der Dorfschneider. „Serunter vom Pferd!“

Gis ließ ab und jener führte ihn in den Ring. Die erregten Stimmen der Meute und des Saales bedeuteten ihm, daß die Zeit des Sinkhaltens vorüber sei. „Wohlan denn“, sprach er, „da Ihr mich also drängen und zwingen, so follet Ihr wissen, daß ich nicht anders handeln will, sofern mir Gott die Gnade giebt, denn was ehrlich, redlich und ehrlich ist und ehrenvoll gesinnt und gebührt, und wo Ihr nicht ehrliche und dritliche Handlungen vornahmet, wolle ich eher sterben, als mich zu Euch heimlichen. Benignens merkt ich niemals in eine tyranntische Handlung willigen, wie die Ermordung von Weinsberg war.“

„Es ist gefeßen“, antwortete ihm Jörg Metzler mit einem Aufschreien, „wo nicht, geschick es wiederlich nimmer.“

„Die Verzeiter und Weisheitsfreunde müssen alle dran“, gelte eine weibliche Stimme und die Bauern schlugen flüchtig ihre Wehren zusammen. Die schwarze Kömmanin schrie es. Seit dem Jählein Hochloch nach Maulbronn gegangen war, zog sie mit dem hellen Huten. Die Bauern sahen mit scharfer Ehrfurcht seit dem Tage von Weinsberg auf sie. Sie hielten sie für eine Prophetin und glaubten an ihre übernatürliche Macht.

Gis gelobte, ohne jede Bedingung, auf vier Wochen zunächst ihr Hauptmann zu sein und leitete den Eid auf die zwölf Artikel. Raun aber lag er mit dem Hauptleuten in der Berberge, so begann er an den Artikeln zu mäßen. Sie sollten der Obrigkeit wieder gehorchen sein, verlangte er, Jähnen, Hülsen und Fzonden leisten, wie es Gefommen sei und die Befreiung aller Wängel ihren Herren anheimstellen. Die Bauern lachten ihn aus und er brachte für Spott nicht zu fozgen.

„Meinet Ihr, daß wir Euch darum zum Hauptmann gemacht haben?“ fragte Bischof Geber von Weichlingen mit stehenden Blicken. „Dann hätten wir keinen Aufstand zu machen nötig gehabt, sondern hätten ruhig dabeim bleiben können.“

Gis warnte ihn, das sei ein bößlich Gelöben. Gis bestand vorläufig nicht weiter darauf. Gelöben erlangte er das Verprechen, daß die letzten Häuser und Burgen der Gellerte auf den weiteren Zug verhandelt werden sollten. Das dieser Zug auf Würzburg ging, war ihm sehr wider den Ertrag. Er brauchte, um sich in seiner Entscheidung zu bestetigen, einen Erfolg und er fürchtete, daß sein Feldherrental die Probe durch die Belagerung des sehr starken Marienberges nicht bestehen würde. Er schlug deshalb vor, zunächst die Reichstadt Schwäbisch Hall in den Bund zu bringen, was kein schweres Unternehmen sei, und verübte sich, daß er nur zu schreiben brauche, um sogleich zueinander Verden dem Meer zuzuführen. Dann sollten alle Kaufen herangezogen werden und mit dieser ungeheuren Macht wolle er dem Schwäbischen Bund im freien Felde entgegengehen. Nach ein oder zwei Schladten, an deren glücklichen Ausgange er nicht zweifelte bei solcher Uebermacht, müßten dann alle Zeitungen, Schiffer ihnen von selbst zufallen.

Aber auch damit drang er nicht durch. Das Meer zog weiter durch das mächtigste Gebiet auf das reiche Benediktinerkloster Amorbach, Bischof von Weichlingen und Jörg Metzler als oberste Kommandeure an der Spitze. Das Kloster erlitt das Schicksal von Schindhal. Der helle Kaufen brach herein und raunte alles, was nur einigen Wert hatte: Kleider, Gefäße, silberbedeckene Bücher, Inful, und verbrachte weder Orgel noch Altar noch Reliquien. Und nach den Bauern kamen die Amorbacher und ihre Nachbarn und trugen alles heilige Gut fort, bis auf die Bretter, die Dachstuhl und die vorzügliche Bausteine. Das Wiederbrengen des Klosters, wozu schon der Befehl erteilt worden, unterließ auf die Bitten des Rats von Amorbach. Nur die Zinsbücher wurden dem Feuer überantwortet. Die Meute wurde verkauft und jede Meute erhielt ihren Teil. Gis erkund auf seinem Teil noch für einundzwanzig Gulden Reichsbild, darunter eine hand Inful, die seine Frau zertrennte, und aus deren Perlen und Edelsteinen sie sich ein Halsgeschmeide machte. Von dem Kaufpreis liegen ihm die vergünstigen Bauern fünfzig Gulden nach. (Fortf. folgt.)

**Drehmaschinen, die Fäbrikeren, die Faserwebmaschinen, die**  
**Webmaschinen, die Freizeugmaschinen, die Glaseren, die**  
**die Gold- und Silbergeschäfte, die Handweb- Maschinen,**  
**die Kupfermaschinen, die Mineralwasser- Maschinen, die**  
**die Fabriken für Nahrungsmittel, die Pflanzmaschinen, die**  
**Schiffmaschinen, die Schornsteinfeger, die Stellmaschinen, die**  
**die Zäpferen und die Bergwerke. Erheblich unglücklicher**  
**denen stehen die Buchdruckereien, die Zementfabriken, die**  
**Dampfmächinen, die Holzmaschinen, die Metallwerke, die**  
**Gas- und Infiltrationsgeschäfte, die Porzellanfabriken, die**  
**Lackfabriken, die Maschinenfabriken, die Fabriken für Mechanik**  
**und Metalle, die Maschinenfabriken und die Seilerien.**

Die Erkrankungsstärke unter dem männlichen Geschlecht zeigt sich stärker unter den Mitgliedern der Bildhauerien (Stud. u.), der Brauereigeschäfte, der Dachpappenfabriken, der Dampfmächinen, der Seilen, der Lack-, der Maschinenfabriken, der Fabriken für Mechanik und Metalle, der Nahrungsmittel, der Schiffereien u., der Seifenfabriken und der Seilerien.

Die stärkere Erkrankungsstärke des weiblichen Geschlechts erweist sich in den Bade- und Waschanstalten, den Brauereien, den Buchdruckereien, den chemischen Fabriken, den Dampfmächinen, den Erbsen-, Mineralwasser-, den Seilen- und Watterfabriken, den Fabriken für Mechanik und Metalle, für Nahrungsmittel und Seilerien.

Als Ursache der gewonnenen Zahlen konstatiert Wendland das folgende: 1. Was die Betriebsarten in der Häufigkeit der Erkrankungsfälle anlangt: Die gefährlichsten Betriebsarten sind die Buchdruckereien, die chemischen Fabriken, die Dampfmächinen, die Fabrikarbeiten, die Gas- und Infiltrationsgeschäfte, die Porzellan- u. Maschinenfabriken, die Fabriken für Mechanik und Metalle, die Schiffereien u., die Steinmetzgeschäfte und die Tischlereien.

2. Was die Beteiligung des weiblichen Geschlechts an der Häufigkeit der Erkrankungsfälle anlangt: Hier ist zu konstatieren, daß das weibliche Geschlecht über Verhältnisse daran partizipiert, an zwar nicht nur hinsichtlich der Erkrankungsfälle sondern auch der Krankheitsfälle.

Und als praktische Notwendigkeit der Arbeit ergibt sich, daß der Gewerbe-Inspektion in beiden Beziehungen, hinsichtlich der Gefährlichkeit der einzelnen Betriebe und der Häufigkeit der Erkrankungsfälle des weiblichen Geschlechts, die Möglichkeit gegeben ist, maßgebend einzugreifen, und nicht nur der Höhe finanzielle Kosten zu sparen, sondern auch dazu beizutragen, daß mit der Gesundheit der Mitglieder in den einzelnen Betrieben etwas vorbessertes vorgegangen werden möge.

Der Mann berichtet uns, weiter auf das interessante Zahlenmaterial hinsichtlich der Häufigkeit der verschiedenen Krankheiten einzugehen. Wir müssen die Krankheitsfälle, die bei den Krankheitsfällen, denen wir Aufstellung solcher Statistiken nicht dringend genug empfehlen können, schon auf den Verzicht selbst verzichten. Wendland hat durchaus recht, daß solche Statistiken nicht nur den Gewerbetreibenden Wert an die Hand geben können, ihre Beziehungen zu den Krankheitsfällen auf positive Tatsachen zu stellen und zu klären, sondern daß wir auch politisch die Mäßigkeit hätten, durch die Wucht einwandfreier Zahlen auf die Überzeugung zu wirken, daß die Arbeitszeit verkürzt, die Entlohnung verbessert, Vorkehrungsmaßnahmen erlassen, das kurz gesagt die Krankheitsfälle sich eine politische Mitarbeit an den sozialen Verbesserungen der Gesellschaft erwerben hätten.

Zu diesen neuen Aufgaben ist aber die Selbstverwaltung der Massen unerlässlich, eine Selbstverwaltung, die gewillt und imstande ist, ohne die Mächtesten des Staates zu beachten, das auszuführen, was ist.

Das Ceterum censeo aller dieser Erwägungen ist also: Die Selbstverwaltung der Massen muss uns nicht nur erhalten, sie muss noch weiter ausgebaut werden.

## Zum Zollkrieg.

Die Zolltariffkommission beschäftigte sich am Dienstag mit den Verhandlungen (S. 135 ff.). Zwei Stunden lang wurde über die Frage verhandelt, ob an Stelle oder neben englischen Garnummierungen, die der Vorlage zu Grunde liegen, die metrische Anwendung stattfinden soll. Unsere Parteigenossen hatten eine Resolution vorgebracht betreffend Einbringung eines Gesetzesentwurfes nach in Laufe der gegenwärtigen Session, nach welchem bestimmt wird, daß mit dem Inkrafttreten des neuen Zolltariffs und dem Abschluß neuer Handelsverträge die metrische Garnummierung nach den Befehlen der internationalen Garnummierungskongresse in Wien, Brüssel, Turin und Paris einzuführen ist. Von der Regierung und ebenso von den Abg. Müller-Fulda, Broemel, Münder-Ferber und Dr. Müller-Sagan wurde die Auffassung vertreten, daß eine Durchführung der metrischen Garnummierung nur auf dem Wege internationaler Vereinbarungen zu erzielen sei, wozu nicht mit der Forderung des Systems zugleich eine Zulassung der Zolltariffkommission erfolgen solle. Bei der Abstimmung wurde auch die Anwendung des metrischen Garnummierungssystems auf den jetzigen Zolltariff mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, sowie der Abg. Dr. Jahn, Graf Kautz und Schlimmerer abgelehnt. Das gleiche Schicksal hatte die sozialdemokratische Resolution.

Bei der Erörterung über die Baumwollgarnzölle plägierten die Interferenzen der Spinner und Weber wieder heftig aufeinander. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Nächste Sitzung am Mittwoch.

## Tagesgeschichte.

Halle, 25. Juni.

### Das fest geruch nach.

Die seit einigen Tagen umherwehenden Gerüchte, dem Reichstage solle schon jetzt eine neue große Flottenvorlage zugehen, werden zwar von einigen konservativen Blättern als unbegründet bezeichnet, doch stehen die offiziellen Berichte in Deutschland in wieder in Bezug, daß sie eher als Bestätigung statt als Widerlegung aufgefaßt werden. Es soll sich um ein neues Auslandsgeheimverbot von großen Panzerkreuzschiffen handeln.

Daß etwas Wahres an der Sache ist, ergibt das Dementi der Germania, aus dem entnommen werden kann, daß die neuen großen Schiffe für den Auslandsdienst an Stelle der im Flottenplan angeführten Auslandskreuzer treten sollen. Ferner sind folgende Reichstagsabgeordnete vom Marineminister Tirpitz zu einer Flottenjagd nach Kiel berufen worden: Graf von Arnim, Dr. Bachem, Borsemann, Graf, Müller-Fulda, Graf von Oriola, Dr. Raabe, Speck, Graf Stolberg-Berningrode und von Zedemarm. — Die Herren sind vorgehen bereits in Kiel eingetroffen. Sie haben gestern, Dienstag, mehrere Kriegsschiffe besichtigt, sehen heute und morgen die besichtigten Schiffe für und fahren am Freitag nach Gützkow. Schiffe in Deutschland in wieder in Bezug, daß sie eher als Bestätigung statt als Widerlegung aufgefaßt werden. Es soll sich um ein neues Auslandsgeheimverbot von großen Panzerkreuzschiffen handeln.

Das wird dem deutschen Volke eine teure Spiegelfahrt werden! Denn unter einigen hundert Millionen thür's Regierung nicht, wenn es sich um eine kleine Vermehrung der Flotte handelt. Die große, vor zwei Jahren durchgedrückte Flottenvorlage kostet bekanntlich die Kleinigkeit von insgesamt 1870 Millionen Mark. Nicht ohne Interesse ist die Tatsache, daß sich unter den gelandeten Marineoffizieren auch der Abg. Gieseler von der Breslauer Volkspartei befindet, um in der Preis-Debatte, was wir nichts darüber, daß dieser Herr die Einladung abgelehnt hätte. Haben sich die Arbeiterflotte schon so weit entwickelt, daß die Regierung auf sie glaubt rechnen zu können?

Das deutsche Volk wird sehr hart dafür gestraft, daß es bei den Wahlen nicht reinen Tisch gemacht hat mit allen den „Vertretern“, die für Militarismus und Marinismus zu haben sind. Nun, nächstes Jahr findet sich Gelegenheit zu einer General-Abrechnung.

### Ein neuer Flottenanfall.

Das Torpedoboot S 42 ist vom englischen Dampfer Firsho überannt worden. 14 Mann des geantenen Bootes wurden von dem englischen Dampfer, 9 Personen von dem Rettungsboot eines Nachtes gerettet.

Erstunken sind außer dem Kommandanten Kapitänleutnant Rosenlof von Rheden der Obermaschinistenmaat März, Maschinistenmaat Keilwagen, Matrose Keimers, sowie der Geizer des Schiffes. Vier Mann sind schwer verwundet. Geheimrat Busch sprang mit dem Rettungsboot ins Wasser und wurde so schwimmend aufgenommen. Busch erzählt, daß er gerade im Begriff gewesen sei, dem Steward ein Trinkgeld zu geben, als er mit einem Male von einem Engländer erfaßt ward, der nach oben zeigte. Da sah er den Bug des Firsho über sich. Der Steward wurde sofort gerammt. Von den Geretteten sind drei verbrüht; sie sind sofort ins Raarort gekommen, die anderen befinden sich jetzt auf dem Kreuzer Nymphe, der eigenhändig im Hafen liegt. — Eine Besatzung des Torpedobootes, das auf dem Meer Wasserfeste gelungen ist, hält man nicht für ausfindbar.

Der englische Dampfer Firsho wird wegen des Zusammenstoßes vorläufig in Kurhaven festgehalten.

### Vom Fasarenitt nach Krefeld.

Wie eilig die Verlegung des Fasarenitts nach Krefeld betrieben wird, um den Ehrenjungfrauen der Seidenspinner-Stadt strotzende Tänzer zu verschaffen, ergibt sich daraus, daß bereits am Montag die erste Vernehmung in Münster beim kommandierenden General des 7. Armeekorps, Frl. v. Biffing, stattgefunden hat. — In einem Berliner Blatte wird der Vorstoß zur Gänze gemacht, es würde doch, um das Bedürfnis der Krefelder Jungfrauen nach 16 Fasarenitts zu befriedigen, einfacher sein, statt deshalb ein ganzes Fasarenittregiment von Düsseldorf nach Krefeld zu verlegen, die 16 Fasarenittsregimente von Düsseldorf zu jedem geeigneten Orte zu berechnen einzuladen, auf kommunale Kosten nach Krefeld zu kommen. Krefeld ist ja von Düsseldorf nur ein kleines Bahnhofsabstand entfernt. — Dieser Vorstoß erscheint uns sehr beachtenswert. Für Nachtlager sorgen vielleicht einige Jungfrauen.

### Großes Aufsehen erregt

in militärischen Kreisen die Ernennung des Generals v. Brandenburg zum obersten Vorgelegten der Fußartillerie, zum General-Inspektor. Verbrannt hat nämlich niemals bei der Artillerie gedient und war stets Infanterieoffizier.

### Die mutige Regierung.

In der Kanalfrage zieht sich die Regierung mutig zurück. Sie will zwar an der Vorlage „unbedingt festhalten“, aber sie will im nächsten Winter nur „einen Teil“ der geforderten Kanalreden vor den Landtag bringen. Der Regierung scheint die Fähigkeit verloren gegangen zu sein für die Empfindung, wie sie sich in der Kanalfrage blamiert hat.

### Unbillige Polizeiverordnungen.

Wieder ist eine Polizeiverordnung für ungültig erklärt worden. In Gnesen waren durch Polizeiverordnung die Kaufleute, Gewerbetreibenden, Galanterie u. s. w. verpflichtet, ihre Vornamen in der deutschen Schreibweise auf den Schildern anzubringen. Ein polnischer Galanterie aus Wlogina hatte seinen polnischen Vornamen Martin nach der polnischen Schreibweise Martin geschrieben. Die Polizei forderte ihn unter Strafandrohung auf, die Aufschrift durch die deutsche Schreibweise Martin zu ersetzen. Das Schöffengericht sprach den Galanterie frei, die Strafammer des Landgerichts in Gnesen ebenfalls.

### Ein Strafverfahren

ist gegen den Großen Pücker-Klein Tschirne eingeleitet worden wegen Herausforderung des Sanitätsrates Dr. Neumann zum Zweifels.

In der Strafkammer wegen Verleumdung preussischer Richter, deren sich Graf Pücker in einer im letzten Winter gehaltenen Rede schuldig gemacht haben soll, ist am 19. Juni vor der 9. Strafkammer des Berliner Landgerichts 1. Termin angelegt worden.

### Ausland.

**England.** König Eduard ist an Blinddarmentzündung schwer erkrankt. Die Krönungsfeier mußte auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Der König mußte sich einer Operation unterziehen, sein Zustand soll sehr bedenklich sein.

Charakteristisch für die Weise der bürgerlichen Berichterstattung ist, daß sie das Aussehen des Königs bei seinem Einzuge im Buckingham-Palast als äußerst gesund schildert, daß sogar die englische Vorstadt in Berlin noch getrieben auf Betragen den Gesundheitszustand des Königs als zufriedenstellend bezeichnet, während in Wirklichkeit der ungeliebte König schwer krank sein muß, da sonst das Krönungsfest nicht verschoben worden wäre. Die „gute Stimmung“ deutsche Presse widmet dem kranken Könige in ruhigen Worten mehr Sympathieausdrückungen als früher den Buren, die für den deutschen Spießherz abgethan sind.

**Oesterreich.** Kulturarbeit in Galizien. Nach den Berichten des galizischen Landesstatistikers für das Jahr 1900/1901 waren in diesem Jahre 285.908 Kinder im schulpflichtigen Alter, die nicht die Schule besuchten. An 319 Schulen konnte wegen Mangels an Schulgebäuden oder an Lehrern nicht unterrichtet werden. 118 Lehrer erlitten Unterricht, ohne die erforderlichen Bescheinigungen abgeben zu haben. — Es ist nicht fädelich bemerkt, daß die Krh.-Ztg., daß ein Volk so planmäßig von einer Kasse zu Grunde gerichtet werden kann?

**Frankreich.** Das radikale Ministerium will die Organisation des militärischen Ministerpräsidenten Komites nicht, nämlich ein Komitee an die Präsidenten, worin er dieselben erzußt, bei Auswurf der Beamten streng

darauf zu sehen, daß diese republikanischer Bestimmung seien und ihre Vertreter in diesem Sinne verwalteten. Seine Ernennung, seine Erhebung soll stattfinden ohne genaue Prüfung seitens des Präsidenten. Der Präsident habe zwar Vorschlag und Unterteilung allein Demokraten gegenüber zu über, aber die Wahl gebiete ihm, seine Bestimmung den demokratischen, welche ungewöhnliche Besetzung der Treue den republikanischen Institutionen entgegen.

— Jaures soll zum Vizepräsidenten der Kammer für den ausstehenden Maurice Faure in Vorschlag gebracht worden; da die verschiedenen Kammergruppen sich in dieser Richtung verständigt haben, scheint jene Wahl gesichert.

— Ein französisch-italienisches Volksbankett fand am Sonntag in Saint-Mande statt zur Feier des Abschlusses des französisch-italienischen Handelsvertrages. Auf dem Bankett sprach auch Jaures, der u. a. ausführte: „Das zwischen Frankreich und Italien wieder geschlossene Band beginnt uns von den Fesseln eines ausschließlich indischen Bündnisses zu befreien, das für die Demokratie verhängnisvoll war (gemeint ist das Bündnis mit Rußland). Ich begrüße diesen Strahl italienischer Freundschaft, der uns hilft, den Rest eines einzigen Bündnisses zu schmelzen, wo der Genius Frankreichs zu verkommen drohte.“ Diese und die anderen Reden wurden mit Applaus auf die Internationale und den Sozialismus aufgenommen.

**Schweiz.** Chauninische Kundgebung. Dem Berner Hochschulprofessor Ferdinand Vetter, der bei der Feier des Berner Museums in Nürnberg in beglückter Rede die geistige Zugehörigkeit der Schweiz zu Deutschland erklärte, ist deswegen eine Kampfschrift vorgebracht worden. Die Vögel greift mit hundert Wäffe ein. Mehrere Personen wurden durch Säbelhiebe verletzt.

— Der neue Zolltariff ist vom Bundesrat mit 22 gegen 6 Stimmen angenommen. Vier Mitglieder enthielten sich der Abstimmung.

**Belgien.** Der Vorschlag gegen die angeklagten Manifestanten in Brüssel, über dessen Vorgehensweise berichtet worden ist, wurde mit einer Erklärung des Staatsanwaltes eröffnet. Derselbe sprach von dem Drama des 18. April, das eine widerwärtige Presse gegen die Ordnungsparteien ausgebeutet habe. Auf den Offizier zu sprechen kommend, der „Feuer“ kommandierte, sagte er: Der Lieutenant Goen hat den heroischen Mut gehabt, „Feuer“ zu kommandieren.“

Nachdem der Staatsanwalter gesagt, begann die Zeugen-Vernehmung. Die Zeugen wissen fast durchgehend nur zu beklagen, daß die Manifestanten die bei der Manifestation stets üblichen Auszüge gethan haben, wie „à bas Schollaert“ (Kammerpräsident) u. s. Einmühtig bekunden die Zeugen, daß die Manifestanten in dem Augenblick der Fälligkeit gerufen haben: „Es lebe die Zivilgarde!“ Der einzige Angeklagte in anderer Richtung, der befragt scheint, ist Teunin. Er that, an jenem Abend Dienst in der Zivilgarde als Tambour. Bei der Ankunft der Manifestanten in der Rue Fiermont hat er seine Waffen weggenommen und gerufen: „Kommt nur hier vorbei, wir (Zivilgardisten) schießen nicht.“ Der Lieutenant Goen, der das verhängnisvolle Kommando „Feuer“ in der Rue de Marais gab, wird — als Zeuge vernommen. Er will dazu gezwungen worden sein, weil er beim Galles gepakt worden sei. Nur weit er keinen Angreifer zu nennen. Ein Teil der andern als Zeugen vernommen und an der Burtarbeit beteiligt gewesen Zivilgardisten — lauter blutjunge, 19jährige, wohlgenährte Bourgeoisöhne — wollen Steine haben fliegen sehen. Der andere Teil hat weder Angreifer noch fliegende Steine gesehen. Aber alle — abgesehen von zwei Ausnahmen — können nicht ausprechen, daß ein Zivilgardist verwundet oder nur an seiner Uniform beschädigt worden wäre.

Auf eins legte das Gericht besonderen Wert: zu wissen, ob der sozialistische Abgeordnete van Langendonk die Manifestanten aufgereizt habe. Diesbezüglich wurde von den Zeugen, Polizisten, Privatpersonen u. s. einmühtig bekundet, daß van Langendonk unablässig die Manifestanten zur Ruhe und Heimkehr gemacht hat.

**Spanien.** Der G. Minister Canalejas ist in Madrid bei seiner Rückkehr von Barcelona mit großer Begeisterung empfangen worden. Seine Ankunft gab Anlaß zu einer großen antikerischen Kundgebung. Der Regierung ist das Gebahren Canalejas' sehr unangenehm, man will ihm das öffentliche Auftreten in Katalonien untersagen.

**Norwegen.** Ein neues Strafgesetz wird vom 1. Januar 1904 in Kraft treten an Stelle des veralteten Gesetzes von 1842. Das Gesetz ist in drei Hauptabschnitte geteilt, von denen der erste allgemeine Bestimmungen, der zweite die Verbrechen und der dritte die Vergehen behandelt. Obwohl die Todesstrafe wie Büchsenhaus sind gänzlich abgeschafft und als Strafen sind nur Gefängnis, Haft und Geldstrafe beibehalten worden. Auf Gefängnis kann von 21 Tagen bis auf Lebenszeit und auf Haft von 21 Tagen bis zu 20 Jahren erkannt werden. Strafe bei Wasser und Brot sowie hartes Nachtlager sind als Verstärkung der gewöhnlichen Gefängnisstrafe eingeführt worden. Mit der Strafe kann Verlust gewisser Rechte verbunden sein. Gefängnis von 6 Monaten und darüber bewirkt stets Verlust der Befähigung zum öffentlichen Dienst, Gefängnis von 1 Jahr den Verlust des Stimmrechts sowie der Befähigung zum Beamtenamt. Mit Rücksicht auf die Geldstrafen ist zu erwägen, daß während solche nach dem alten Gesetz höchstens 800 Kronen betragen durften, das neue Gesetz Geldstrafen für Vergehen bis zu 5000 und für Verbrechen bis zu 10.000 Kronen festsetzt. Auf die Vermögensverhältnisse des Verurteilten soll dabei besondere Rücksicht genommen werden.

**Ähen.** Auf dem Berfischen Golf hat England schon lange seine Interessenphäre ausdehnen wollen. Solange es in Südafrika gebunden war, konnte es allerdings nichts Besseres in jenen Gegenden unternehmen. Jetzt scheint es aber jede Gelegenheit benutzen zu wollen, um auch am Berfischen Golf Einfluß zu erlangen und das gefährlichen russischen Konkurrenz dem Hand abzulassen. So ist auch folgende Nachricht aus London in diesem Sinne aufzunehmen: Nachdem die Worte sich als ohnmächtig erwiesen hat, dem umfänglichen Birtenwesen im Berfischen Golf zu steuern, hat die englische Regierung beschlossen, nunmehr selbständig vorzugehen.

**Afrika.** Warnung vor Einwanderung nach Südafrika. Sämtliche Generalkonsuln waren dringend vor der täglich wachsenden Einwanderung nach Südafrika, besonders Deutscher, da jede Ausfuhr auf Befähigung oder Gründung einer anderen Lebensstellung steht, selbst für Beamte. Gegenwärtig befinden sich selbst in Kapstadt noch an zehntausend früher in Johannesburg und anderen Städten der neuen Kolonien angelegenen Duitländer, welche ihre Rückkehr noch abwarten müssen.

**Sina.** Rußland verläßt Lintien. Der russische General Bonapart hat am 14. Juni Lintien verlassen und ist nach Rußland zurück; sein Posten ist nicht wieder besetzt worden. — Es ist dies ein schauerlicher Schicksal Rußlands, um sich



bei der ständischen Regierung beliebt zu machen, die über das Verbleiben der übrigen Mäde in Tienfin nicht erbaute ist.

Ueber die Vorerbeteung teilt das Telegramm eines amerikanischen Missionärs mit, daß dieselbe sich in der Provinz Sutschuan wieder geltend mache. Eine Methodisten-Gesellschaft wurde von den Wörern gestiftet und 10 eingeborene Christen erwordet.

**Parteinachrichten.**

Die sozialdemokratische Presse in Dänemark. In Kopenhagen findet zur Zeit ein nordischer Brodtagesskongress statt, der mit einer Presse-Ausstellung verbunden ist. Auf dieser Ausstellung spielt auch die sozialdemokratische Presse Dänemarks eine bedeutende Rolle. Durch bildliche Darstellungen wird das Wachstum der Presse unserer dänischen Bruderpartei trefflich illustriert. Das Zentralorgan Sozialdemokraten wird durch einen mächtigen Baum symbolisiert, dessen 22 harte Äste die Provinzialblätter darstellen. Auf dem Stamm steht die Zahl 73000, die Abmengenachricht der sozialdemokratischen Presse Dänemarks; bei einer Einwohnerzahl von ca. zwei Millionen gewiß eine respektable Anzahl; aber mindestens viermal so groß ist die Zahl der Leser. An einer Seitenwand ist Sozialdemokratisches Jubiläumsummern-Verzeichnis 1899, als das heftigste Organ im Jahr 25. Lebensjahr erreicht hatte, angeführt. Insgesamt werden in Dänemark 210 Tageszeitungen herausgegeben, davon 18 in Kopenhagen. Die Gesamtzahl der Exemplare, in der die dänischen Tageszeitungen erscheinen, beträgt 600000.

Als sozialdemokratischer Reichstags-Kandidat für den Wahlkreis Wiesbaden soll nach einer Meldung der Frankf. Zeitung der freiwillige Brodtag-Welt der am Stelle des (gewonnenen) Dr. Quard-Frankfurt, der bisher in dem Kreise kandidierte, in Aussicht genommen sein. Die Nachricht bedarf noch der Bestätigung.

**Gewerkschaftliches.**

Der Maurerstreik in Stuttgart findet bei den Vertretern der Stadt nicht die Sympathie, die der Straßenbahnerstreik gefunden hat. Bei einer auf den Streik bezüglichen Interpellation gab es zahlreiche Verteidiger der Bauntemnehmer, deren Wortbruch mit seiner Seite erwähnt wurde, obwohl dieser die einzige Ursache des Streikes ist. — Der Streik wird mit großer Energie von den Mauern weitergeführt, auch die Mitglieder des christlichen Bauhandwerker-Verbandes haben sich demselben angeschlossen.

Der Streik der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer in Posen hält auch weiter an. Bis jetzt haben 24 Unternehmer die Forderungen der Maurer bewilligt.

Der Konflikt der Hamburger Maurer ist immer noch auf demselben Punkte.

**Anstand.**

Streit. Kampf der Sandlungsgehilfen um die Sonntagruhe. Am Sonntag wurde in Wien in einer Versammlung sozialdemokratischer Handlungsgesellen eine Resolution angenommen, in welcher ausgesprochen wird, daß die organisierte Gehilfenschaft entweder nicht vor dem Streik zurückschrecken werde, um die Höhe der zur vollständigen Einführung der Sonntagruhe in Konzessionsangelegenheiten zu veranlassen. Nach der Versammlung verurteilten die Teilnehmer einen Strafauflauf, wurden aber von einem harten Polizeiaufgebot daran gehindert.

**4. Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker.**

München, Montag, 23. Juni 1902.

Um 9 1/2 Uhr vormittags begann im Theatralischen Hotel Treffer zunächst die 4. Generalversammlung der Zentral-Verbandsliste in Liquidation, die mit dem Verbandsrat nur in einem sehr engen Zusammenhang steht. Die Tagesordnung war rein geschäftsmäßiger Natur und bestand in der Entgegennahme des Jahresberichts für 1899, 1900 u. 1901. Das Vermögen der Kaffe bestand am Tage des Infortretens der Liquidation, dem 2. Juli 1899, aus 149 786 11 Mk., am 1. April 1902 noch 102 571 72 Mk.; es ist mithin in den neun Jahren der Liquidation über ein Vermögen von 229 214 39 Mk. etwas über 54 Prozent. Die Zahl der übernommenen Verbindlichkeiten betrug am Tage des Infortretens der Liquidation (2. Juli 1899) 347, am 1. April 1902 154, mithin sind verstorben 193. Der Sitz der Kaffe wurde von Stuttgart nach Berlin verlegt und in den Vorstand drei amtierende Personen des Verbands-Vorstandes gewählt.

Punkt 1 Uhr begann sodann im gleichen Saale die General-Versammlung des Verbandes. Der Vorsitzende, Böhm, begrüßte zunächst die aus dem In- und Auslande erschienenen Gäste und sodann wurden die notwendigen Kommissionen gewählt. Hermann Müller, Hermann des österreichischen Buchdrucker-Verbandes, grüßte die Erfindungen namens seines Vereines. Böhm gab den Grundgedanken des Kollegen Alois Kiefer-München, Redakteur des Süddeutschen Postboten, in warmen Worten, und erheben sich die Delegierten zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen. Aus dem Jahresberichtsbericht, dessen Verhandlung den 1. Punkt der Tagesordnung bildet, seien folgende Ziffern wiedergegeben:

Die durchschnittliche Mitgliederzahl des Verbandes betrug 1899 26 344, 1900 28 839 und 1901 30 556, sie hat sich also im Laufe des letzten Jahres um 2144 Personen vermehrt und ist seit 1896 um 10 782 gewachsen. Am 4. Quartal 1901 betrug die Mitgliederzahl 31 731, die sich auf 1045 Druckere vertheilen gegen 865 im Jahre 1899. Entsprechend dieser Stärke sind auch die Leistungen des Verbandes sehr respektable. Der Verband rechnet mit einem Etat von 4814 320 70 Mk., wovon 3168 126 41 Mk. in mindereinstufigen Vorkosten ist. Die Unterhaltungen für Reise, Arbeitslokalität, Krankheit, Invalidität, Urlaub, Begräbnis sind betragen 1899 850 998 Mk., 1900 1 011 678 07 Mk., 1901 1 470 143 90 Mk. Die Gesamtsumme während der drei Berichtsjahre beträgt 3 458 701 36 Mk.

Nach einer kurzen Erläuterung des Geschäftsberichts durch Böhm trat Freudenreich Stuttgart die Haltung des Vorstandes gegenüber der Sozialdemokratie. Es giebt eine große Zahl Verbandsmitglieder als Parteimitglieder, die dadurch in einen Gewissenskonflikt geraten.

Böhm konstatiert, daß es ihm persönlich bezeichnend erscheint, wenn Mitglieder, die in der Partei eine gewisse Rolle spielen, diese Seite ihrer Thätigkeit als besonders wichtig betrachten, aber andererseits gehen ihm die gewerkschaftliche Arbeit über alles und zudem haben Reichthümer sich ausdrücklich als

Verfasser der Broschüre bezeichnet, an den daher die Ausstellungen zu richten seien.

Reichthümer wundert sich, daß sofort nach Beginn der Generalversammlung auch schon die angeblich unbedingten weisse anarchistische Partei in Schutz genommen werde. Die Erziehung der Mitglieder der Endgewerkschaft der Broschüre gewesen, nicht Antritt auf die Partei. Nur Voreingenommenheit konnte ihm vorwerfen, daß er nicht und Schalten ungleichmäßig bereit hätte, auch Anträge gegen die Unternehmung und die Erziehung der Mitglieder nicht zu enthalten. Es sei vielleicht jetzt der Moment gekommen, darauf hinzuwirken, daß die Partei jetzt je voller Animosität gegen die Buchdrucker gemeint sei.

Eine reinliche Scheidung in dieser Hinsicht sei besser. Man müsse deutlich zu erkennen stellen, daß der Verband nicht freis und ständig bedingungslos beistimmen solle. Genuß sei es kein agitatorisches Moment, wenn nach außen hin die Einmütigkeit des Verbandes in Frage gestellt werde. Er habe in der Broschüre eine bürgerliche Stimme angeführt, weil diese weit schwerer ins Gewicht falle, als die eines Arbeiterblattes, von dem es in ganz selbstverständlicher Weise, daß es für Arbeiterinteressen eintrete. Die Kritik an seinen Handlungen möge nicht von direktem Parteigeißel diktiert werden, sondern vom allgemeinen Standpunkte ausgehen. Es sei ein Unrecht, wenn man ihm unterstellen wolle, daß er sich bei seiner Haltung gegenüber der Partei nur von Minderheiten leiten lasse und seinen Vorgesetzten lediglich zur Verbreitung verführlicher Propaganda benutze. Man brauche wahrlich nicht gleich nach der Eröffnung der Generalversammlung die „unwürdige“ Partei in Schutz zu nehmen, sondern diese besser, einmal zu unteruchen, was der Verband während seines Bestehens schon der Partei und der allgemeinen Arbeiter-Interessen gethan habe. (Bravo!) Statt dessen ergreife weiterhin die erste freie Gelegenheit, um sich beim Parteivorstand wirkungsvoll einzuführen. (Beifall.)

Domini Frankfurt meint, daß nach seiner Ansicht jene Kollegen, die als Parteimitglieder tätig sind, solche ihrer zeitlichen und Unbilligkeit zu schmeicheln sollen. Solange der Verband der Schuld an der Verschärfung des Kampfes zwischen Partei und Verband tragen. (Zehr richtig!) Sie hätten solchen und solchen Darstellungen in der Parteipresse weit entgegengesetztere entgegenstellen müssen, als dies geschah. Man werde die in der nächsten Zusammenkunft leiten lassen und die genannten Herren gegen ihre Pflichten als Verbandsmitglieder gesehrt. (Bravo!) Redner erzählt ein Beispiel von vollständiger Majerung eines Kollegen, der erst dann Sozialdemokrat wurde, als er eine Medaillenurteilung erhielt, und meint, daß die große sozialdemokratische Partei nicht so geringtätig sein möge, wenn in der Polemik scharfe Worte fallen.

Auf Antrag Waffins Berlin wird diese Materie weiter beraten werden bei der Besprechung über die Haltung des „Correspondenten“.

Am Geschäftsbericht wird sodann die Haltung des Zentralvorstandes gegenüber der Kollegenchaft Rheinlands-Belgiens scharf kritisiert. Eine ganze Reihe Disziplinärener verbreiten sich über Einzelheiten in dieser Angelegenheit. Von direkt beteiligter Seite wird angeführt, daß der Zentralvorstand an den jetzt bestehenden Zuständen selber Schuld trage. Man werde demselben die nächsten Zusammenkunft einmündig die ganze Situation zur Einführung beschreiben übermitteln, und er werde dann Gelegenheit in ausreichendem Maße finden, zu konstatieren, daß das Vertrauen der Kollegen zum Zentralvorstand in sehr großem Maße geschwunden ist.

Böhm meint in seinem Schlussworte, es werde Sache der dortigen Delegierten sein, im Sinne des Verbandes und gegenwärtigen Entgegenkommens zu wirken, damit das Vertrauen zu einander je geklärt werde, wie es im Interesse eines erproblichen Zusammenarbeitens notwendig.

Darauf wird der Bericht des Vorstandes zur Kenntnis genommen bezw. die Genehmigung des Rechnungsberichts ausgesprochen.

Nachdem noch ein Wahlprotokoll aus Kassel dahin erledigt worden, daß das angebotene Mandat wohl für giltig erklärt, die Haltung des Frankfurter Bezirksverbandes in dieser Frage jedoch für geandert erklärt wurde, und nach Verlesung einer großen Zahl Begrüßungsgramme wird die Sitzung um 4 Uhr nachmittags auf Dienstag vertagt.

**Intimes aus den Kreisen der Scharfmacher.**

g. Halle a. S., 23. Juni.

Ein sehr interessanter Briefwechsel, der einen reißenden Einblick in den Scharfmacher-Verband der Maurermeister von Magdeburg und die Baugewerkschaft Berufs-gemeinschaft der Provinz Sachsen gewährt, kam am Montag vor der hiesigen Strafkammer zur Verhandlung. Angeklagt war der Druckereibesitzer und Scharfmacher des Gies- und Sackelshausen, Benno Ernst aus Barby, der den Maurermeister W. K. K. von Magdeburg, den früheren Vorsitzenden des Unternehmerverbandes und Vorstandsmitglied der Berufsgemeinschaft beiliegend haben sollte. Das Blatt des Angeklagten vertritt die Tendenz des Scharfmacherverbandes, und Böhm konnte sich mit dem Angeklagten nicht vertragen, da Ernst mit allen großen Schritten gegen die Arbeiter und ihre Organisationen zu Werke ging, Ernst hatte auf Empfehlung einer Frau Sanitätsrätin Bennewitz die Druckarbeiten für die Berufsgemeinschaft und für den Unternehmerverband erhalten, diese Arbeiten aber auf Veranlassung Böhmers der damals Vorsitzenden der Berufsgemeinschaft übergeben. Was die Frau Sanitätsrätin mit der Berufsgemeinschaft zu thun hatte, kam leider in der Verhandlung nicht zur Sprache.) Gelegentlich mehrerer in Magdeburg stattgehabter Streiks der Bauhandwerker hatte Böhm als Vorsitzender den Mauern die höchsten Löhne bewilligt, worüber seine Kollegen ganz empört waren. Böhm sollte den Vorschug niederklegen, weil er in dem Unternehmerverband als „Vertreter“ angesehen wurde; er sollte mit bekannten Magdeburger Sozialdemokraten partiiert haben, und der Angeklagte veröffentlichte in seinem Blatt jährlich einen „idmündigen“ Artikel, in dem Böhm als Verbandsvorsitzender dersh mitgenommen wurde. Böhm wurde als notwendig bezeichnend, was als ein Mord hingestellt, dem das Geschehliche fehle. Böhm hatte sich früher in einem an die Kollegen gerichteten Flugblatt verteidigt und nach Ausschreiben aus seinen Aemtern dargelegt, daß er seine Partei freiwillig niedergelagt habe.

Das Landgericht Magdeburg, welches sich zuerst mit der Sache beschäftigte, verurteilte Ernst wegen Beleidigung Böhmers zu einem Monat Gefängnis. Auf eingeleitete Revision kam der

Reichsgericht, hob das Landgericht Magdeburg am 17. Dezember vorigen Jahres das Urteil auf und erkannte auf 14 Tage Gefängnis. Es hatte anerkannt, daß Ernst, dem die Druckarbeiten entgegen vorbestimmte Anträge entgegenzunehmen, aber aus dem erwähnten Grund nicht beiliegend die Beleidigungen vorzuziehen gegen B. vorzuziehen waren, die Absicht der Beleidigung gelogert. Auf allemals eingeleitete Revision hob das Reichsgericht auch das zweite Urteil auf und verwies die Sache dann an das Landgericht Halle. Zur Aufhebung führte hauptsächlich die Mängel der Verlesung des § 199 des St. G. B., es sei verdrücklich, anzunehmen, daß eine Kompensation zweier Beleidigungen — Böttcher sollte nämlich ebenfalls beiliegend haben — nur dann erlösen könne, wenn die Verlesung der Beleidigung zeitlich unmittelbar folge. Ferner ergab die Revision die Zahl der Beleidigungen, die von Ernst ohne weiteres als eine Form nach § 193 anzusehen sei, aus welcher die Absicht der Beleidigung zu folgern sei; an sich brauche die Ironie nicht eine solche Form zu sein.

Der Angeklagte bestritt, sich der Verbreitung nicht erweislich mauer Handlungen schuldig gemacht zu haben. Böttcher habe ihn zuerst beiliegend und ihm als ein beiliediges Subjekt bezeichnet. Er sei nur wegen Vergehens und wegen seiner Ueberzeugung beiliegend worden. Das Landgericht Magdeburg habe den Grund, daß er die Beleidigungen B. auf der Stelle habe erwidern müssen, unangebracht gehalten und gelangt, unter den obwaltenden Umständen könne nach einem Grundriss auf der Stelle bei Beleidigungen nicht gesprochen werden. Das Flugblatt Böttchers sei auch zur Kenntnis der Sozialdemokraten gekommen und dann tüchtig ausgebeutet worden. Böttcher als Vorsitzender habe den Streikhandlungen des Arbeitgeberverbandes entgegen dem Willen eines Grundriss auf höheren Löhnen eingeleitet, als er durfte. Wenn im Flugblatt ein „scharfer Artikel“ stand, habe Böttcher wegwerfend gesagt: „Ja, das rührt von Ernst her.“

In der Beweisansicht schätzten die verärgerten Kollegen Böhmers eine ganze Schale Jarnes über ihren früheren Vorsitzenden. Zu ihrer Verteidigung erschienen Benno Ernst, Böttcher sei kein geeigneter Vorsitzender für die Unternehmung gewesen. Der Redakteur Ernst habe B. schon im Jahre 1898 in einer Vorstandssitzung der Berufs-gemeinschaft als beiliediges Subjekt bezeichnet. Maurermeister Ernst wird beiliegend an dem erwähnten und erklärte, daß der Regierungsvertreter der Berufs-gemeinschaft sei mit Böttcher nicht zufrieden gewesen, da B. an den Terminen der Berufs-gemeinschaft nicht teilnahm. Böttcher habe die Beiliedigung des Vorstandes nicht ausgesprochen und dem Angeklagten die Arbeiten entgegen geschickt, um die Beiliedigung bekommen und sollte dafür Arbeiten liefern, was wohl nicht geziehen sei. Als Böttcher den Ernst als ein beiliediges Subjekt bezeichnete, habe Zeuge das dem Ernst gleich mitgeteilt.

Die Angeklagte führte fröhere Direktor und Syndikus der Bau-Berufsgemeinschaft Magdeburg über Böttcher. Zeuge habe gegen ihn intrigiert und ihn in Gemeinschaft mit dem Vertreter vom Heißversüßungsamt, einem Regierungsrat Schulz, demüthigt. Es sei dann gegen ihn, den Zeugen, zu einer Unternehmung wegen Unterhaltungen gekommen. Er sei in einer Versammlung gewesen und Böttcher habe Zeuge, dem Regierungsrat Schulz vorlegen müssen. Seine Herren trügen den Hauptanteil der Schuld an den Verhältnissen in der Berufs-gemeinschaft. Das Bestreben gegen ihn und all die Dinge, die in seinen Prozess hineinbrachten, sei in Beamtentreue als eine Dretusende bezeichnet worden. Im Zuge der Verhandlung wurde Ernst als ein beiliediges Subjekt bezeichnet, dem Redakteur Ernst 2500 Mk. zu viel Verdienst gegeben haben. Als Ernst abredete, habe aber wieder noch etwas rausbekommen. Böttcher sei es „nicht wert gewesen“ in der Berufs-gemeinschaft ein solches Amt zu bekleiden.

Baugewerkschaftler Karl Kästel, Magdeburg, sagte, Böttcher habe sich in seine Stellung, wenn nicht benommen. Bei den Unterhandlungen bei Streiks a. hätte er immer die Absichten der Maurer und Arbeiter vertreten. Er, Zeuge, habe das Gefühl, daß Böttcher das ihm gesandte Vertrauen „schändlich“ missbraucht habe. Böttcher sei „das Betrug in Arbeitgeberverband“ beiliedig worden. Witten in einer Verlesung sei er schuldig gezeichnet worden, sein Amt als Vorsitzender niederzulegen. Vor einem solchen Mann mußte man „wachen“ der Angeklagte, Redakteur Ernst, hingegen, das war ein Mann, der eine konervative Richtung vertrat.

Maurermeister Dorendorf war der Ansicht, daß der Angeklagte gute und preiswerte Arbeit lieferte. Böttcher hingegen habe ein zweideutiges Verhalten an den Tag gelegt; man sei im Arbeitgeberverband froh gewesen, als er sein Amt niedergelagt hatte. Zur Berufs-gemeinschaft gehörte die Bezirke Magdeburg, Merseburg und Gritturt; der Vorstand besteht aus 9 Personen, und Böttcher war zur Zeit Vorsitzender. Ende des Jahres 1902 wäre seine Amtszeit für gut abgelaufen.

Nach der festgestellten Beweisvernehmung erschien nicht der Mann mit der konterparativen Richtung, sondern mehr Böttcher, der den Mauern ein paar Feuillets mehr verdienen lassen wollte, als der Angeklagte. Kein Wunder, daß Böttcher, der als „Rebentläger“ angesehen werden sollte, zur Verhandlung nicht erschienen war.

Der Staatsanwalt blieb dabei, daß Angeklagter nicht in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe und bestrafte nach ganz kurzer Darlegung des Sachverhalts wieder 2 Wochen Gefängnis. Der Angeklagte sagte aber, das Reichsgericht habe anerkannt, daß er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Er habe die Beleidigung Böttchers auf der Stelle erwidert, da er vor der Veröffentlichung seiner Artikel von den Reuekräften Böttchers Kenntnis bekommen

Mein diesjähriger grosser Inventur-Abschluss beginnt Montag den 30. Juni a. c. Geschäftshaus . Lewin Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

habe. Er habe nur seine angegriffene Ehre reparieren wollen, und die Pflicht, Bötcher zu belehnen, habe ihm fern gelegen. Das Gericht wurde befriedigt, was hinsichtlich der Verleumdungsmittel Dr. Nienkel in Berlin gesagt habe: Es ist Pflicht der Presse, Unbefehligkeiten zur Sprache zu bringen.

### Der Sander-Prozess.

Nach Größierung der Dienstag-Sitzung erklärt Justizrat Stern, es sei abgesehen nicht worden, daß sich die Firma Anhalt u. Wagner nach in Liquidation befinde. Die Firma sei in andere Hände übergegangen, und es sei durch Vergleich mit den Gläubigern alles geregelt worden. Der neue Eigentümer der Firma, die Geschäfte ohne jede Schuldenlast übernommen habe. Am Ende der Sitzung erklärt der Angeklagte Eduard Schmidt, daß er das jetzige Vermögen der Frau noch auf etwa 2 Millionen schätze. Auf eine Anfrage des Justizrats Dr. Zello erklärt Angeklagter Otto Sander, daß die für Anhalt u. Wagner gemachten Zeugnissen über die Unterlagen geleistet worden seien. Weiterer Kräfte befindet, daß eine Deklaration für die der Firma Anhalt u. Wagner erwähnten Summen eigentlich nicht vorhanden gewesen sei. Im Jahre 1898 habe die Schuld der Firma Anhalt u. Wagner bei der Preussischen Anstalt für den Handel 5.800.000 M., die Deposits 1.182.000 M. betragen. Weiter erklärt Angeklagter Otto Sander, daß die im Besonderen zur Angeklagten Eduard Schmidt und Otto Sander betreffen, daß aus den Briefen keine Folgerungen zu ziehen seien. Von der Verteidigung werden unter Anführung von Anhalt u. Wagner nach eine Reihe von Momenten geltend gemacht, die im Besonderen zur Angeklagten Eduard Schmidt und Otto Sander betreffen, daß in einem weit günstigeren Lichte erscheinen lassen sollen.

Nach eingehender Erörterung dieser Frage kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Verteidigern und dem Staatsanwalt, die sich auf die Verurteilung beziehen. Rechtsanwält Dr. Wallert fragt an, ob der Staatsanwalt darauf festhalten wolle, daß durch die Schuld der Angeklagten die in der Anklage numerisch aufgeführten Verluste von vielen Millionen entstanden seien. Die Anklage füge sich dabei auch weiteres auf die Verurteilung, welche die Revisionskommission seit eine inangewandte Verfahren vorgenommen habe. Die Verteidigung lehnt sich dabei natürlich nicht beugend an und müßte, wenn die Verluste gegen die Angeklagten verwertet werden sollten, darauf bestehen, daß in eine sehr umfangreiche Prüfung eines jeden einzelnen Vertriebses eingetreten werden müßte. Staatsanwalt Weid hält diesen umfangreichen Beweis nicht für notwendig. Er wolle nur sagen, daß die Revisionskommission nicht nur nicht sei. Es handele sich doch hier um Verluste von über 30 Millionen, und er wolle sich gar nicht so sehr auf die Zahlung jeder einzelnen Hypothek und dergleichen durch die Revisionskommission setzen, sondern gegen ein, nehmend 10 Millionen von den Verlusten abgeben. Rechtsanwält Dr. Wallert meint, eine derartige Vergrößerung der Verluste nicht möglich sei. Rechtsanwält Bernheim behauptet, daß die Angeklagten nicht Schuld an den großen Verlusten trügen. Justizrat Mündel bemerkt, die Angeklagten Otto Sander und Sändig erkennen nicht an, daß sie inangewandte für den Verlust der 50 Millionen oder auch nur eines Teiles von Millionen die geringste Verantwortung trügen. Es sei doch eine sehr ungewöhnliche Tatsache, daß nach einerhalbhundert Verurteilungen und fast ebenso langer Haft der Angeklagten man hier vor einem Punkte liege, wo ein Vermögensobjekt von 14 Millionen einfach numerisch auf 1 1/2 Millionen heruntergebehalten werden sei. Daß die Angeklagten dies nicht ohne weiteres anerkennen könnten, sei doch selbstverständlich.

Die Verhältnisse der Bankfirma Anhalt u. Wagner nach, werden hierauf nach den verschiedenen Mitteilungen hin an der Hand einer umfangreichen von den Verteidigern des Angeklagten Eduard Schmidt überreichten Zugabe eingehend

erörtert. Justizrat Stern befragt ferner die Protokuristen Jaenicke und Pfeiffer nach zahlreichen wirtschaftlichen Details und buchhalterischen Einzelheiten. Ueber den Wert des Futur-Unternehmens läßt sich der als Zeuge und Sachverständiger geladene Regierungsbauinspektor Bernhard May aus. Er habe an Ort und Stelle festgestellt, daß das Recht an und für sich von einer erheblichen Bedeutung und die Bauausführung in allen Teilen untadelhaft durchgeführt gewesen sei. Nach seinen Berechnungen habe innerhalb der ersten 30 Jahre auf eine Verzinsung von 5 bis 6 Proz. zu rechnen sein müssen. Justizrat Dr. Zello befragt, bei welchem Verdict des Gerichtes der Verleumdungsbeweis behält sich die Beschlußfassung darüber vor. Zeuge Fribe wird abgesehen über die Futur-Angelegenheit befragt. Auch er bestätigt, daß allgemein die Überzeugung vorbestünde, daß Futur eine große Zukunft habe. Die Verteidiger beantragen, die 25 Herren der Revisionskommission, welche die folgerichtige Bedeutung der Werte angenommen, als Zeugen zu laden. Die Zeugen sollen am Donnerstag geladen werden. Mittwoch: Fortsetzung der Verhandlung.

### Leipziger Bank-Prozess.

Am Dienstag wurde nach zweitägiger Pause die Verhandlung wieder aufgenommen. Es wurde weiter über das Verhältnis der Bank zur Kaffeler Treberbrennerei-Gesellschaft verhandelt. Ueber die Lage der Leipziger Bank führte der Sachverständige Kommerzienrat Ciesing und ungeladene Zeugen auf. Der Gerichtsschreiber wurde nach Vorhand und Aufsticht der Leipziger Bank wohl bemerkt der Situation. Schon 1897 war die Verbindung für beide Teile verhängnisvoll. Hätte Kaffel damals von der Leipziger Bank seinen Kredit bekommen können, so hätte Kaffel nicht seine Existenz in der Liquidation verloren können. Die Leipziger Bank bei einem Vermögen von 27 Millionen Mark und 16 Millionen Reinerträge hätte ertragen können. Eine solche Sanierung wäre sehr wohl möglich gewesen, wenn man, wie es Erner beabsichtigt hatte, sich vertrauensvoll an S. Bleichröder gewendet und durch ein Kommando die Sache klargestellt hätte. Ich glaube nicht, daß es ohne Zusammenlegung der Aktien möglich gewesen wäre, einen Teil derselben zu retten, und die Aktionäre hätten die Verfügung behalten, daß bei unsicherer Konstellation die einst so stolze Leipziger Bank zu ruhigeren Verhältnissen zurückgeführt worden wäre.

Verteidiger Justizrat Dr. von Gordon ridet die Frage an den Sachverständigen, ob er sich als Leipziger, der mitten in diesen Verhältnissen liege, unterlagen fühle oder ob er nicht selbst erregt sei. Das habe der Sachverständige selbst in einem Brief dargelegt. Sachverständiger Kommerzienrat Ciesing: Des Briefes erinnere ich mich wohl; ich hatte großen Widerwillen gegen die Annahme dieses Amtes. Ich befand mich in ledendem Zustande und hatte, als ich benachrichtigt wurde, eine schwere Depression zu empfinden. Ich war daher bemüht, freizutreten und habe unter den Umständen auch gegeben, ich fühle mich nicht ganz frei. Ich war sehr indigniert über das Verhalten der Vorstehen und des Aufsichtsrats der Leipziger Bank. In meinen Aussagen habe ich aber durchaus objektiv und nach bestem Gewissen geurteilt. Verteidiger Justizrat Dr. von Gordon will wissen, daß von der Treberbrennerei beantragt, aber der Brief, den der Sachverständige am 5. August v. J. an den Untersuchungsrichter gerichtet hat, zu verlesen, wozu dieser den Standpunkt des Sachverständigen besser zum Ausdruck bringt. Der Brief wird verlesen. Sachverständiger Kommerzienrat Ciesing: Ich glaube, daß die Leipziger Bank sich damals hätte zurückziehen können, ohne daß eine Zusammenlegung von Aktien notwendig gewesen wäre. Sachverständiger Bankier Blauth glaubt, die Ende 1898 Erner über die Gefahr bewußt sein müßte, namentlich wenn er Mittrauen gegen die Kaffeler Gesellschaft hegte. Es sei hier der Punkt gemeint, auszuführen.

Angeklagter Dodel läßt in längeren Ausführungen darzu-

legen, daß der Kaffeler Fall damals die Gefahr nicht erkennen und die Kaffeler Werte nicht für wertlos halten konnte. Danach tritt eine kurze Pause ein.

### Strafsaal.

St. a. m. r.

Galle, 24. Juni.  
**Bauernfänger.** Der Arbeiter August T. an die, der Schmidt Franz Ludwig Seinelte und der Fleischer Andreas Beckmann waren des anverwandten Gläubigers angeklagt. Die beiden angeklagten Angeklagten befanden sich in der Zelle, wo sie nicht erziehen, es wurde keine Vorführung beschlossen. Die Angeklagten haben am 15. Mai dem Schuhmacher Goldmann auf der Ziegelwie durch Kimmelsblätchen eine Uhr und ein Vortennomnie mit 2 M. Inhalt abgenommen. Er fährte, so daß ihm keine Sachen wiedergegeben wurden. Die Angeklagten wurden vom Bismarck-Beirich und anderen Verurteilten festgenommen. Bedmann war Blüten von 100 M. und Spielmarken weg, befreit aber, bei dem Spiel befreit gewesen zu sein. Heilmann hat am selben Tage auf der Hauptseite nach Zeitspenden dem Bismarck-Beirich 10 M. bezogen, 9.50 M. und je eine Uhr abgenommen, worauf er verurteilt wurde. Bedmann und Heilmann hat S. Kimmelsblätchen geipelt. Der Staatsanwalt beantragte gegen S. 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und gegen S. 1 Jahr solcher Strafe bezw. 3 und 2 Jahre Ehrverlust. Das Urteil lautete gegen S. auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und gegen S. 1 Jahr Ehrverlust, während S. freigesprochen und der gegen ihn erlassene Haftbefehl aufgehoben wurde.  
**Wegen Diebstahls.** Der 26jährige Müller Adolf Georg Lorenz von hier angeklagt. Er hatte sich mit einer Frau Gattungsberg, Lange ein Verhältnis, befaßt die im Februar in ihrer Wohnung und nahm eine Uhr im Werte von 12 Mark weg. Nachdem er die Uhr verlor, löste er sie wieder ein und gab sie der Beschlagnahme wieder zurück. Er war gefänglich und wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Verurteilung.** Die Berufung des Bergmann Robert S. oben von Kettstedt, der vom Schöffengericht beschuldigt wurde, die Verhandlung und Mittrauen des Mädchens Bertha Koch zu 1 Monat Gefängnis verurteilt worden war. Die Verhandlung entzog sich wegen Stittengefährdung der Öffentlichkeit.  
**Gefängnis unter Ausschluss der Öffentlichkeit** wurde verurteilt gegen den 36jährigen Schuhmacher Friedrich Straßer. Er soll in der Zeit von 1901 bis 1902 mit einem gefährlichen Wädchen unzüchtige Handlungen vorgenommen haben. Das Gericht kam aber zur Freisprechung; der Angeklagte erweise wohl verächtlich, aber der Schuldweis reiche nicht aus, hieß es in der Urteilsbegründung.

### Für Beachtung für die Gewerkschaftsvorstände.

Es ist seitens der Generalkommission in Aussicht genommen, das Protokoll der Verhandlungen des vierten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, ebenso wie dies mit dem Protokolle vom dritten Kongresse geschehen ist, durch die örtlichen Gewerkschaftsstellvertreter zu lassen. Es sind nun die Einrichtungen in diesem Jahre so getroffen, daß das Protokoll vierzehn Tage nach Schluß des Kongresses zur Verfügung gelangen kann. Die Gewerkschaftsmitglieder werden also in der Lage sein, aus einem zuverlässigen und genauen Bericht von den Verhandlungen Kenntnis zu nehmen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn sofort nach Fertigstellung des Protokolls auf den Verband erfolgen kann. Das Protokoll wird etwa 20 Druckbogen stark, also bedeutend stärker als das vom dritten Gewerkschaftskongresse. Der Verkaufspreis ist im Budgetplan auf 1 M. festgesetzt. Die Mitglieder der Gewerkschaften sollen das Protokoll weit vor dem Herstellungspreis und zwar zum Preise von 20 Pf. pro Exemplar erhalten. Die Bestellungen müssen in diesem Falle aber spätestens bis zum 27. Juni im Arbeiter-Sekretariat eingereicht werden. Spätere Bestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

### Das Gewerkschaftsstatell.

#### Leistung aus Gießen.

1.45 M. für Parteizweck, gesammelt bei zwei roten Geburtstagsfesten.  
Verantwortlicher Redakteur: Adolf Thiele in Halle.

## Sozialdemokrat. Verein für Halle und den Saalkreis.

Donnerstag den 26. Juni er. abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal bei Streicher (Drei Könige) Al. Ulrichstraße 36

## Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag des Redakteurs Gerolfen W. Swienty über: Die bairische Wahlreform und die Stellung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

2. Kommunale Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Wir möchten auf die Wichtigkeit der Tagesordnung, namentlich des Vortrages im Hinblick auf die nächsten Jahre bevorstehenden preussischen Landtagswahlen, recht einem zahlreichen und pünktlichen Erscheinen entgegen sein. Der Vorstand.

## Allgemeiner Deutscher Musiker-Verband.

### Lokalverein Zeitz.

Unser 2. Singsingfest, bestehend in Konzert und Ball, findet Montag den 30. Juni d. J. im Säulenhause statt.

Die Konzertmusik wird ausgeführt von der vorzüglichen städtischen Kapelle unter Leitung ihres Direktors Herrn Oskar Köhler.

Umfang 1/2 Uhr. - Beitritt bis 11. Ball 50 Pf.

Freunde und Gönner jenseits werden zur Einladung übersehen werden, sind auf diesem Wege höflich eingeladen. Der Vorstand.

## Zoologischer Garten Halle.

Erwachsene 50 Pf. Kinder 30 Pf.

Donnerstag den 26. und Freitag den 27. Juni

namd. von 4 Uhr bis abends 9 Uhr

## großes Extra-Konzert

des Kaiser-Cornet-Quartetts der Berliner Hofoper

unter Mitwirkung der ungarischen Inabenkapelle „Gungnia“.

Freitag: Entree nachmittags von 1 Uhr ab Erwachsene 1 M., Kinder 50 Pf.

Eine reichhaltige starke Gindin! Klavier, gut erh., verk. bill. Klavier

gekauft Zoologischer Garten. galle 3. d. v. Dal. wird gestimmt.

## Apollo-Theater

Direktion: Gustav Poller. Täglich abends 8 Uhr:

## Gr. Konzert und Vorstellung.

Bei sünftiger Witterung

verfüge Reizenpieler nebst dem übrigen Glanzprogramm.

Anfang 8 Uhr. Ende geg. 11 Uhr.

## Mlle. Ada Francis,

„Glanztauber in den Saiten“.

## 5 Schwestern Wanton,

atrobattisches Gelangs- und Tanz-Damen-Ensemble.

## 3 Theaterans,

verfüge Reizenpieler nebst dem übrigen Glanzprogramm.

Anfang 8 Uhr. Ende geg. 11 Uhr.

## Ballspiele

(Glaube, Schützenhaus).

Jeden Donnerstag abends 8 Uhr

## gr. Familien-Frei-Konzert.

Fr. Brunner.

Plättbretter Gr. Märkerstr. 23.

## Kautschukstempel

gut u. billig

## Kalender-Frauen

gut u. billig

haben

haben

haben

haben

haben

haben

haben

haben

haben

haben

haben

haben

haben

## Wunder des Kosmos.

Die Physik der Erde und des Himmels populär dargestellt von Oswald Köhler.

Mit 206 Abbildungen, 7 Tafeln und Karten in Farbenbrud.

Aus dem reichen Inhalt haben wir das Nachstehende hervor: Einle-

tendes aus dem Wesen der Erde und dem Weltall. Die tägliche

Umdrehung der Erde und die damit zusammenhängende Bewegung der

Erde um die Sonne. Das Jahr und die Zeitrechnung. Die vierjährige

Wochen-Bewegung der Erde. Die Physik der Erdoberfläche. Der Vulkanismus

und das Innere der Erde. Die Atmosphäre der Erde und die Wettererscheinungen.

Der Magnetismus der Erde. Der Mond. Von der Sonne. Die Planeten. Kometen, Sternschnuppen und Feuerkugeln.

Frühlinge und Nebelkugeln. Die das Weltganze zusammenhaltende und regierende Kraft.

Komplet in 17 Lieferungen Groß-Obst 25 Pf.

Das Werk kann auch sofort komplett bezogen werden. Preis broschiert 4.25 M.

Gebunden 5.50 M.

Zu beziehen durch die

## Vollsbuchhandlung, Geißstraße 21.

## Inserate

sowie Abonnements

fürs Volksblatt

nimmt an

## Fritz Pahl

Greppin.

## Möbelfabrik u. Magazin

31 Fleischerstraße 31.

Empfehle mein großes Lager aner-

kant gut solid gearbeiteter Möbel-

und Holzwaren der Zeit an-

passend zu billigen Preisen.

F. Bergmann, Tischlermstr.

haben

haben

haben

haben

haben

haben

haben



Schirmreißer von L. M. Werkmeister

Seilgarnier 16.

Billigste Preise

am Plage.

Reparat., Besätze lot.

Tüchtige Drehscherer sucht

Den-Isabrl C. Böhm.

Gebüße

## Mäntelnäherinnen

gejudt.

Gebr. Bernau.

haben

haben

haben

haben

haben

haben

haben



## Der Pflanzgraf vor Gericht.

Die Gerichtsverhandlung gegen den Grafen Pflanzlein-Lidjirne, über deren Ausgang wir bereits berichtet haben, bot einige ungewöhnliche Zwischenfälle, die von dem Gericht mit einer sonst nicht üblichen Geduld ertragen wurden.

Der Graf hat nach seinen Angaben die Feldbahn zerlösen lassen, weil er sich über den Richter der ihm gehörigen Parzelle geärgert hatte. Der Edle sagte die Sache mit äußerster Harmlosigkeit auf:

**Graf Pflanzlein:** Ich habe überhaupt nicht geglaubt, daß das ein Objekt im Sinne des § 305 sei. Ich dachte, daß ich eine kleine Sachbeschädigung, da kann er mich verklagen.

**Vorf.:** Es hätte doch leicht ein Unglück geschehen können, und das ist doch hier nur durch einen Zufall verhindert worden. Sie haben sich bereitigt gehalten, die Feldbahn zu zerlösen?

**Graf Pflanzlein:** Ja. — **Vorf.:** Wenn Sie Richter wären, würden Sie sich das gefallen lassen? — **Graf Pflanzlein:** (lachend): Dann würde ich sagen: Gott, bauen wir die Gesellschaft wieder. Und dann wäre die Sache ausgemacht. Ich hätte aber keine Anzeige gemacht; ich hätte das als Scherz aufgeführt. Ich wollte dem Manne einen kleinen Schabernack spielen. (Zum Richter): Nicht wahr, außerdem kennen wir uns sehr gut; nicht wahr? Ich hätte nicht geglaubt, daß er das angeht.

**Vorf.:** Das konnte doch auch ein anderer zur Anzeige bringen. Sie sind doch selber Jurist gewesen. Sie waren Referendar?

**Graf Pflanzlein:** Ja, Gott, ich bin eine Zeitlang Referendar gewesen. Ich habe es als Scherz, als Spatz aufgeführt. Außerdem war ich in der Politik tätig; ich habe gar nicht an die juristische Seite gedacht. Das war vielleicht unüberlegt (lachend), ich glaube, es liegt in meinem Charakter etwas Gewalttätiges, ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß eine Strafanzeige erfolgt.

Die vier Arbeiter setzen aus, sie hätten den Befehl befolgt, weil der Graf ihr Brotzeug sei und sie ihres Brotes nicht verlustig gehen wollten.

**Graf Pflanzlein:** Die Leute sind eben gewöhnt zu thun, was ich befehle. Ich bin der einzige verantwortliche Redakteur. (Seitwärts): Ich nehme alles auf mich.

Der Staatsanwalt beantragt aus formal-rechtlichen Gründen Freisprechung und behält sich für den Fall, daß das Gericht anderer Meinung sei, die Unterbindung des Angeklagten auf seinen Weisheitszustand vor.

**Vorf.:** Haben Sie noch etwas zu bemerken, Herr Graf?

**Graf Pflanzlein:** Ich bitte höchst zu nehmen auf meine soziale Stellung und auf meine Tätigkeit als politischer Führer, als Führer der nationalen Parteien.

Der halsbändernde Beratung des Gerichtshofes erklärt der Vorsitzende, daß das Gericht beschloffen habe, nochmals in die Beweisaufnahme einzutreten.

Geh. Sanitätsrat Dr. Neumann (ein 70-jähriger Herr) leistet den Zeugnisaussage.

**Vorf.:** Was ist Ihre Meinung?

**Graf Pflanzlein:** Es ist eine etwas schwierige Frage, die an mich herantritt, weil ich noch niemals mit dem Grafen Pflanzlein gesprochen habe, wir haben uns zumellen wohl gesehen. Ich habe eine ganze Reihe von Zeitungsberichten erhalten, Gespräche gehört etc., nach denen allerdings Graf Pflanzlein sich in früherer Zeit etwas eigenmächtig...

**Graf Pflanzlein:** (unterbrechend): Verzeihen Sie, soll der Herr mich auf meine geistige Zurechnungsfähigkeit untersuchen? Ich fasse das als persönliche Beleidigung auf, ich weiß ganz genau, was ich zu thun und zu lassen habe.

**Vorf.:** Ich bitte, sich ruhig zu verhalten.

**Graf Pflanzlein:** Ich erkläre also, daß ich das als persönliche Beleidigung auffasse, ich bitte, sich danach zu richten.

**Vorf.:** Ich erlaube Sie, sich zu nähern. Sie haben den Herrn Sachverständigen nicht zu unterbrechen.

**Graf Pflanzlein:** Als persönliche Beleidigung. Ich erkläre das hiermit, wenn jemand mich auf meinen Weisheitszustand untersuchen will, denn ich gehöre mit zu den Führern der politischen Parteien.

**Vorf.:** Es ist der Antrag gestellt worden, den Gutachter zu vernehmen. Also bitte, nun unterbrechen Sie uns nicht weiter.

**Graf Pflanzlein:** Ich bitte die Herren, die Konsequenzen sich zu überlegen.

**Vorf.:** Ich bitte den Herrn Gutachter, fortzufahren.

Geh. Sanitätsrat Neumann: Ich weiß nicht, ob Graf Pflanzlein an Krankheiten früher gelitten hat oder ob in seiner Familie irgendwelche geistigen Störungen vorgekommen sind. (Graf Pflanzlein ruzt: Niemals, niemals!) Ob er erblich belastet. (Graf Pflanzlein: Auch nicht.)

Der Vorsitzende fordert den Grafen Pflanzlein wiederholt auf, den Gutachter nicht zu unterbrechen.

**Graf Pflanzlein:** Ich kann nur sagen, daß er mit einem Größenbewußtsein, ich will nicht sagen, mit Größenwahn behaftet ist. Seine Rede am 6. Juni d. J. in Berlin war derartig, daß man sich wundern muß, daß ein Herr, der Offizier gewesen, der Jura studiert hat, der den höchsten Kreisen angehört, sich in einer solchen maßlosen Weise ausdrücken kann.

**Graf Pflanzlein:** (unterbrechend): Das war eben notwendig.

**Vorsitzender:** Seien Sie doch still.

**Sachverständiger:** ... sich solche Schimpfereien erlaubt. Wenn er auf die Juden schimpft, wie kommen die Glogauer Juden dazu, daß diese ganz besonders beschnitten werden?

**Graf Pflanzlein:** (unterbrechend): Wehört gar nicht wieder.

**Vorsitzender:** weist diese Unterbrechungen scharf zurück.

**Graf Pflanzlein:** Aber das ist doch für mich beschnitten, daß der Mann über meine geistigen Eigenschaften schimpft. Das ist doch ein Skandal, man wird immer wie ein Schaf behandelt.

**Sachverständiger:** Verlosungsideen kommen zum Vorschein in jeder Rede, wo er beschnitten, daß man ihn in der Schweiz habe verhaften wollen.

**Graf Pflanzlein:** (schreiend): So ist es auch gewesen. Wenn ich sage, so ist es gewesen, dann ist es so. Ich möchte mal sehen, wenn Sie Gift schlucken müssen.

Der Vorsitzende macht den Angeklagten, der in immer größerer Erregung schreit, auf die Folgen aufmerksam und droht ihm sofortige Abführung in dreitägigen Arrest an.

**Sachverständiger:** Er jagt dann weiter in der Verhandlung, daß er die Bahn kurz und klein geschlagen habe, und daß er von den Gerichten unanständig behandelt werde.

**Graf Pflanzlein:** Unwürdig, habe ich gesagt. Ich bitte, das zu konstatieren.

Der Sachverständige kommt nun nochmals auf die Verlosungsidee zurück und erklärt, da kann man den Mann nicht mehr für normal halten.

**Graf Pflanzlein:** Kann ich Sie es auch nicht, verzeihen Herr, ich werde Ihnen meine Karte überreichen.

**Vorf.:** Jetzt sind Sie endlich einmal still; setzen Sie mich nicht in die Lage, Sie abhören zu lassen.

**Sachverständiger:** Es würde sich empfehlen, den Angeklagten auf sechs Wochen in eine Landes-Asylanstalt zu bringen. Ich beantrage dieses.

Der Staatsanwalt hält eine solche Prüfung für nicht notwendig.

**Vorf.:** Haben Sie noch etwas zu sagen?

**Graf Pflanzlein:** Nein, ich finde es unerhört.

**Vorf.:** Werden Sie still sein, Angeklagter!

Während der hierauf folgenden Beratung des Gerichtshofes führt Graf Pflanzlein folgende Rede: „Ich bin unerschrocken! Ich, der ich seit drei Jahren für Deutschland lechte; das ist eine Beleidigung.“

Das Urteil lautet: Das Gericht sieht auf dem Standpunkte, daß Graf Pflanzlein im Besitze seiner Geisteskräfte ist. Der Richter war zur Errichtung der Feldbahn berechtigt, die Zerstörung hätte ein Unglück zur Folge haben können, wenn nicht zufällig ein Vorarbeiter vorausgegangen wäre und den Schaden bemerkt hätte. Graf Pflanzlein wird zu sechs Wochen und fünf Pfund Kirchengeld zu vier Wochen Gefängnis verurteilt und ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt. Die vier Arbeiter werden freigesprochen.

Das muß man sagen: Die Glogauer Richter sind den Tölpeln des Grafen Pflanzlein mit ihrer oberflächlichen (Schund) und hiesiger Nichtigkeit begegnet. Was man nicht jenseits der Sterblichkeit nicht, wenn er im öffentlichen Gerichtssaale als Angeklagter einen Sachverständigen gefordert hätte!

## Lokales und Provinziales.

Halle a. S., 25. Juni.

### Eine Entladung.

vorzunehmen, ist heute wenig angenehme Aufgabe. Seit Wochen und Monaten wird von einem an sich kleinen Klügel für Freunde aller Arbeiterfreunde in gewissenloser Weise Verleumdung um Verleumdung gegen die Verwaltung des Allg. Konjunkturvereins geschleudert und die ganze Entwicklung des Vereins in Frage gestellt. Die Versammlungen des Vereins haben durch das Treiben des Klügel ein Charakter erhalten, dessen sich jeder ehrliche Arbeiter schämen muß. Als wir bereits vor mehreren Wochen die heimtückische Minderarbeit als Komploit bezeichneten, dessen Seele Herr Stahlmann sei, spielten die Herren und namentlich Herr Stahlmann selbst die Entschuldigung vor, was wir sagten, und Herr Stahlmann hat bekanntlich nicht verstanden, daß von der ihn in öffentlicher Versammlung und wiederholt ins Gesicht geschleuderten Bezeichnung „Lügner“ zu reinigen. Um jedoch jedes Demütigen dieses Herrn und seiner Freunde diesmal unmöglich zu machen, wollen wir eine feine Entladung vornehmen. Wir machen vorweg, daß wir heute die Entladung des Herrn Stahlmann nur soweit vornehmen wollen, als seine Eintragsarbeiten gegen den Konjunkturverein in Frage kommt, daß die Entladung vorläufig noch nicht ausgedehnt werden soll auf Befragung von Vorkommissionen aus seinem Belieben, die ihn voraussichtlich auch für seine nächsten Freunde sofort unmöglich machen müßten, wenn sie allgemein bekannt würden.

Seit Herr Stahlmann im vorigen Herbst durch die von der Generalversammlung des Allg. Konjunkturvereins vorgenommene Wahl seines Amtes als Mitglied des Aufsichtsrates verlustig gegangen ist, scheint er sich Mittel, seinen kleinsten Geistes die Fingel schmeißen zu lassen. Das Wohl des Vereins gilt ihm nichts; er verfolgt nur das eine Ziel, wieder in die Verwaltung zu gelangen. Zu diesem Zwecke fest er alles daran, die jetzige Verwaltung des Konjunkturvereins zu stürzen. Obwohl er früher selbst für Errichtung einer eigenen Bäckerei und für das Zentrallager gewesen ist, benutzt er die von Bäckereimeistern und hiesigen kaufmännischen Lieferanten aus Ausführung dieser Projekte erzeugte Erörderung, um die Verwaltung als unsäglich und lächerlich zu diffundieren. Die schandbaren Absatzen, welche in den letzten Versammlungen des Konjunkturvereins vorliefen, fanden in Herrn Stahlmann ihre Seele, und schon ist er wieder bereit, für die auf nächsten Freitag abend am Generalversammlung die Absatzen vorzubereiten.

Vorigen Sonntagabend veranmelte er nämlich seine Getreuen — es waren 19 Mann — im Restaurant zum Gutentagen, Königstraße 21. In der einleitenden Ansprache hob Herr Stahlmann hervor, daß alle Mittel angewendet werden sollten, um die Gründung des Zentrallagers und der eigenen Bäckerei zu Halle zu bringen. Es handelte sich nicht nur darum, die gegnerische Partei zu stürzen. Auf den Genossen W. Zehle war Herr Stahlmann begründeterweise besonders schlecht zu sprechen. Er gab die Parole aus, daß Zehle sofort niedergebrielt werden solle, sobald er bei irgend welcher Frage das Wort ergreife; auch den Gen. Albrecht, Hildner, Zement und Däumig wurde das zugehört. Dabei ist Genosse Däumig gar nicht Mitglied des Vereins und hat noch nie eine Versammlung desselben besucht. Die Idee des Niederbriellens fand die begeisterte Zustimmung des Klügel, in dem die Glitte der Hirschs-Dunker'schen Gewerkschaft vertreten war. Darauf wurden die fünf Punkte festgelegt, welche zu Angriffen auf die Verwaltung nächsten Freitag benutzt werden sollten und welche inzwischen schon in Eingangsliste hiesiger bürgerlicher Blätter bekannt gegeben worden sind.

Der Feldzugplan wurde für das Vorgehen in der Versammlung vollst. sofort nach Eröffnung der Versammlung vollst. Herr Stahlmann die Abweisung des Projektes über Gründung der Bäckerei und des Zentrallagers von der Tagesordnung beantragte. Wird der Antrag nicht genügend unterstützt, dann soll in der Debatte die Verwaltung aufs schärfste angegriffen werden und Stahlmann soll den Antrag auf Ablehnung der Vorlage einbringen. Nach der mittels gestempelter Bettel erfolgten Stimmabgabe soll der Antrag auf Abweisung der Gesamtverwaltung gestellt und eine provisorische Verwaltung eingeleitet werden, bis eine zwei Wochen

später einberufende Versammlung die neue Verwaltung wählt. In die neue Verwaltung sollen von der jetzigen nur die Herren Glogauer, Bonig und Klügel gewählt werden, während der Geschäftsführer Schmidt, Köstner Meigenstein und alle anderen Aufsichtsratsmitglieder durch neue Männer aus der Garde des Herrn Stahlmann ersetzt werden sollen.

Sollte nun alles das nichts nützen und die Mehrheit der Versammlung die Errichtung der Bäckerei und des Zentrallagers beschließen, so soll ein Klügel aus Halle in Halle zu werden. Herr Stahlmann hoffte auf den Austritt von 3000 Mitgliedern. Und mit welchen Mitteln er dabei vorgehen gedachte, bemerken seine Worte: „Aber wir wollen nicht austreten; wir wollen unterminieren und die anderen müde machen.“

Gestern abend wurden in demselben Restaurant die Versammlung wiederholt, doch fehlte diesmal Herr Stahlmann, und auch von den anderen Goldhähnen waren nur ein oder zwei erschienen. Bekannt wurde gegeben, daß heute in der Saalzeitung ein neues Eingelände gegen die Verwaltung des Allgemeinen Konjunkturvereins erscheinen werde, das wiederum wie die früheren Schmach und Verleumdungsartikel den Schriftleiter bestechen die zum Verfasser hat, der auch in eben gedachten Versammlungen betworte und in ihnen das große Wort mit führte.

Wir meinen, die Entladung des Komploists genügt, um es unmöglich zu machen. Die Verwaltung hat bisher in kaum erfindbarer Weise mit verdächtigten Armeen dem lächerlichen Treiben der Klügel zugehört. Sie hat jetzt sofort die Schritte zu unternehmen, die durch das Verstoßensgesetz vorgeschrieben sind, um weiteren Gefährdungen des Vereins vorzubeugen. Tut sie das nicht, dann wird die große Mehrheit der Mitglieder, die von dem Stahlmann'schen Klügel und seiner Mannwerkarbeit nichts wissen will, ihrerseits auf Enttötung einer Verwaltung zu dringen haben, die den Querschnitt ein Ende zu machen versteht. Auf zwei Stühle kann man sich bekanntlich nicht setzen.

Betreffs der Versammlung am Freitag sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß der Zutritt nur gegen Vorweisung des blauen Mitgliedsbuches gestattet ist und daß die Mitgliedskarte diesmal nicht zur Teilnahme an der Versammlung berechtigt. Die Verwaltung hat sich zu dieser Maßregel entschließen müssen, weil in letzter Zeit von gewisser Seite merkwürdig viele Duplikatskarten verlangt worden sind, die einen beabsichtigten Mißbrauch derselben nachdrücklich machen.

### Zum Wauerkreiß.

In der heute abend in der Moritzburg stattfindenden Versammlung wird der Verbandsschreibende Bümelburg, Kammer, dessen großes Gesicht bei Leitung des eben beendeten Vereinsjahreskongresses allgemein anerkannt worden ist, das Referat erstatten.

\* Ein Genosse von kurzer Dauer ging gestern nachmittag über unsere Stadt hinweg, wobei der Witz an mehreren Stellen eingeschlagen hat. So fuhr derselbe in den Schornstein der Polledien Maschinenfabrik, und zwar in der neuen Anlage, die sich auf dem Terrain der alten Zichorienbude befinden. Der Weiser, der sich im Feuerwerk befand, wurde zur Seite geschoben, blieb aber sonst unversehrt. Vom Schornstein wurde eine kleine Losgeräusche. Ferner schlug der Witz in das Haus Martinsberg 11 ein und zerbrach dort die Telefonleitung, ebenso die im benachbarten Landhäusergebäude. Größere Schäden wurde nicht angedeutet, nur die Wände sind etwas beschädigt.

In derselben Zeit war die Feuerwehr nach der Feuerlinie gerufen worden, wo die Bodenramme eines Hauses in Brand geraten war. Das Feuer wurde schnell gelöscht.

\* Aus dem Patentamt. Wie aus das Patentbureau von Ripp u. Büttner, Berlin NW. 6, mitteilt, sind u. a. Patentanmeldungen eingegangen von F. G. Feiner, Magdeburg, für einen selbsttätigen Telefon-Unterapparat, von Heiter, Eulenburg in Halle für ein Mäherwerk an Dampfermaschinen, von Franz v. Ketheln, Schloß Strauß (Kreis Bitterfeld) für einen Mäherapparat. Anmeldungen als Gebrauchsmuster haben eingereicht Walm u. Co., Raumburg, auf einen Mäherapparat aus Holz, zwei- und dreifach, hergestellt aus Schloßburg, und Herr Bräuer, auf einen transportable Grabenmaschine, bestehend aus geträumten Dientkabeln. Den Gebrauchsmusterrecht erhielten die Firma Louis Beyer hier für eine durch einen Sieg in zwei Teile geteilte Schüssel mit Deckel, die Gebr. Schöng für eine Wenderkel, die Maschinenbau-Unterapparat A. Wernitz für einen neuartigen Zirkularsormer.

\* Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Dienstag mittag gegen 12 Uhr in der Beerenstraße. Dortselbst geriet ein Geschirrführer im Alter von 18-20 Jahren der Firma Schmidt aus Giebichenstein unter dieäder seines eigenen Wagens, welcher mit Steinen beladen war. Der Wagen ging dem Unglücklichen über Hüften und Kopf. Ein hinzugezogener Arzt leitete die erste Hilfe, bis der Krankenwagen den Verletzten nach der Klinik beibrachte.

Die Wasserarbeiten in der Brunnenstraße und H. Golenstraße sind zu vergeben. Anmeldungen sind bis 27. Juni vor mittag 10 Uhr im Stadtkommando einzubringen.

\* Zoologischer Garten. Gestern, Dienstag, nachmittag ist „Gerda“ die Löwin-Wutter wiederum zweier Wölfein geboren und unterrichtet sich auch mit diesem Wurf noch immer vortrefflich von der Löwin der Fabel, die sich brüht mit dem bekannten „Gins, oder einen Löwin“.

\* Zeit. Was Arbeitern geboten wird. In der Fabrik von Degelow u. Co. wurde von einem Schmeiderei-Arbeiter verlangt, er solle eine Arbeit für 5 Pfg. leisten, für die er bisher 7 Pfg. erhalten hatte. Als der Arbeiter sich das nicht bieten ließ, wurde er ohne Kündigung entlassen. Und als er seine Sachen holen wollte, wurde ihm der Eintritt in die Fabrikräume mit dem Bemerkten verweigert, er mache sich damit des Hausfriedensbruchs schuldig. Ein Meister drohte ihm sogar Schläge mit einer Eisenkette an, obwohl der Arbeiter nur sein Geld und seine Papiere holen wollte. Auch einem anderen Arbeiter suchte der Meister mit einer Eisenkette vor der Nase herum, weil der Arbeiter zur Befriedigung eines Bedürfnisses seinen Platz verlassen hatte. Eine Arbeiterin ist sogar von diesem Meister ins Gesicht geschlagen worden. Es wäre sehr notwendig, daß bei dem Fabrik'sch Beschwerden über den Meister geführt wird, damit man denn sehen kann, ob die Fabrikleitung mit einer derartigen Behandlung der Arbeiter einverstanden ist. Dabei ist der Meister zwar im Besitz einer Vorloshandlung, aber als Meister scheint er nicht allzu viel los zu haben, wenigstens mußte er einen Ventilator, den er für die Weberei liefern sollte, nach wochenlangen Verstrittenen



